Bundesgesetzblatt

953

Teil II

G 1998

2011 **Ausgegeben zu Bonn am 24. Oktober 2011** **Nr. 26**

Tag	Inhalt	Seite
15.10.2011	**Gesetz zu dem Abkommen vom 9. März 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen** . . . . . GESTA: XD026	954
9. 6.2011	Bekanntmachung der deutsch-peruanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	979
23. 9.2011	Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	980
26. 9.2011	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus	1006
26. 9.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	1007
26. 9.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	1007
29. 9.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen	1008

Gesetz zu dem Abkommen vom 9. März 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 15. Oktober 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Montevideo am 9. März 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 15. Oktober 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Acuerdo entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay para evitar la doble imposición y la reducción fiscal en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Östlich des Uruguay –

von dem Wunsche geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern und ihre Zusammenarbeit auf steuerlichem Gebiet zu festigen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,

die Körperschaftsteuer,

die Gewerbesteuer und

die Vermögensteuer

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge (im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in der Republik Östlich des Uruguay:

die Steuer auf Einkommen aus wirtschaftlichen Tätigkeiten (IRAE, el Impuesto a las Rentas de las Actividades Económicas),

La República Federal de Alemania

y

la República Oriental del Uruguay,

deseando fomentar sus relaciones económicas mediante la supresión de obstáculos de índole fiscal y consolidar su cooperación en materia de impuestos,

han convenido lo siguiente:

Artículo 1

Personas comprendidas

El presente Acuerdo es de aplicación a las personas residentes de uno o de ambos Estados Contratantes.

Artículo 2

Impuestos comprendidos

(1) El presente Acuerdo se aplicará a los impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio exigibles por cada uno de los Estados Contratantes, de sus Länder (Estados Federados) o de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales, cualquiera que sea el sistema de su exacción.

(2) Se consideran impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio los que gravan la totalidad de la renta o del patrimonio o cualquier parte de los mismos, incluidos los impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles e inmuebles, los impuestos sobre el importe de sueldos o salarios y los impuestos sobre las plusvalías.

(3) Los impuestos actuales a los que concretamente se aplicará el presente Acuerdo son

a) en la República Federal de Alemania:

el impuesto sobre la renta (Einkommensteuer),

el impuesto sobre sociedades (Körperschaftsteuer),

el impuesto sobre las explotaciones industriales y comerciales (Gewerbesteuer), y

el impuesto sobre el patrimonio (Vermögensteuer),

incluyendo los recargos que se impongan sobre los mismos (que en lo sucesivo se denominan “impuesto alemán”);

b) en la República Oriental del Uruguay:

el Impuesto a las Rentas de las Actividades Económicas (IRAE)

die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (IRPF, el Impuesto a las Rentas de las Personas Físicas),

die Steuer auf das Einkommen nicht ansässiger Personen (IRNR, el Impuesto a las Rentas de los No Residentes),

die Vermögensteuer (IP, el Impuesto al Patrimonio),

die Gewerbesteuer (IRIC, el Impuesto a las Rentas de la Industria y Comercio),

die Steuer auf land- und viehwirtschaftliche Einkünfte (IRA, el Impuesto a las Rentas Agropecuarias),

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge (im Folgenden als „uruguayische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

el Impuesto a las Rentas de las Personas Físicas (IRPF)

el Impuesto a las Rentas de los No Residentes (IRNR)

el Impuesto al Patrimonio (IP)

el Impuesto a las Rentas de la Industria y Comercio (IRIC)

el Impuesto a las Rentas Agropecuarias (IRA)

incluyendo los recargos que se impongan sobre los mismos (que en lo sucesivo se denominan “impuesto uruguayo”).

(4) El presente Acuerdo se aplicará igualmente a todos los impuestos de naturaleza idéntica o análoga que se establezcan con posterioridad a la fecha de la firma del mismo y que se añadan a los actuales o los sustituyan. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes se comunicarán mutuamente las modificaciones esenciales que se hayan introducido en sus respectivas legislaciones fiscales.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ das Hoheitsgebiet dieser Staaten sowie der Meeresuntergrund und das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, einschließlich der darüber befindlichen Wassersäule, soweit der jeweilige Staat dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;

b) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

d) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;

e) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein;

f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“:

aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay alle natürlichen Personen, die die uruguayische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen,

Artículo 3

Definiciones generales

(1) A los efectos del presente Acuerdo, a menos que de su contexto se infiera una interpretación diferente:

a) las expresiones “un Estado Contratante” y “el otro Estado Contratante” significan el territorio de dichos Estados y el área del lecho y del subsuelo del mar adyacente al mar territorial, incluyendo las aguas suprayacentes, en tanto el Estado respectivo ejerza en dicha área, con arreglo al Derecho Internacional y a sus disposiciones legales internas, derechos de soberanía y jurisdicción para los fines de exploración, explotación, conservación y administración de los recursos naturales, tanto vivos como no vivos;

b) el término “persona” comprende personas físicas, sociedades y las demás asociaciones de personas;

c) el término “sociedad” significa personas jurídicas o entidades que se consideren personas jurídicas a efectos impositivos;

d) el término “empresas” se refiere a la realización de operaciones;

e) el término “operaciones” comprende también el ejercicio de actividades de profesionales libres o demás trabajos autónomos;

f) las expresiones “empresa de un Estado Contratante” y “empresa del otro Estado Contratante” significan, respectivamente, una empresa explotada por un residente de un Estado Contratante o una empresa explotada por un residente del otro Estado Contratante;

g) la expresión “tráfico internacional” significa todo transporte efectuado por un buque o aeronave explotado por una empresa cuya sede de dirección efectiva esté situada en un Estado Contratante, salvo cuando el buque o aeronave no sea objeto de explotación más que entre puntos situados en el otro Estado Contratante;

h) el término “nacional” significa:

aa) con relación a la República Federal de Alemania, todos los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania, así como todas las personas jurídicas, sociedades personales y otras asociaciones de personas constituidas conforme al derecho vigente en la República Federal de Alemania;

bb) con relación a la República Oriental del Uruguay, todas las personas físicas que posean la nacionalidad uruguaya, así como todas las personas jurídicas, sociedades personales y otras asociaciones de personas constitui-

die nach dem in der Republik Östlich des Uruguay geltenden Recht errichtet worden sind;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:

aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in der Republik Östlich des Uruguay das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, seine Vertreter oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates für die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die in den Artikeln 6 bis 21 vorgesehenen Beschränkungen des Besteuerungsrechts des anderen Vertragsstaats gelten jedoch nur insoweit, als die Einkünfte aus diesem Staat und das in diesem Staat gelegene Vermögen der Personengesellschaft der Besteuerung im erstgenannten Staat unterliegt.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

das conforme al derecho vigente en la República Oriental del Uruguay;

i) la expresión “autoridad competente” significa

aa) en el caso de la República Federal de Alemania, el Ministerio Federal de Hacienda o la autoridad en que este haya delegado sus atribuciones;

bb) en el caso de la República Oriental del Uruguay, el Ministerio de Economía y Finanzas, sus representantes o la autoridad en que haya delegado sus atribuciones.

(2) Para la aplicación del presente Acuerdo por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida en el mismo tendrá, a menos que de su contexto se infiera una interpretación diferente, el significado que se le atribuya durante el período de aplicación en la legislación de dicho Estado relativa a los impuestos que son objeto del presente Acuerdo, prevaleciendo el significado que tenga conforme a la legislación fiscal aplicable en dicho Estado sobre el significado que la expresión tenga conforme a otras disposiciones de dicho Estado.

Artículo 4

Residente

(1) A los efectos del presente Acuerdo, la expresión “residente de un Estado Contratante” significa toda persona que en virtud de la legislación de este Estado esté sujeta a imposición en él por razón de su domicilio, residencia permanente, sede de dirección o cualquier otro criterio de naturaleza análoga, y abarca también a dicho Estado, sus Länder (Estados Federados), sus subdivisiones políticas y sus entidades locales.

(2) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1 una persona física sea residente de ambos Estados Contratantes, su situación se resolverá de la siguiente manera:

a) esta persona será considerada residente solamente del Estado donde tenga una vivienda permanente a su disposición; si tuviera una vivienda permanente a su disposición en ambos Estados, se considerará residente solamente del Estado con el que mantenga relaciones personales y económicas más estrechas (centro de intereses vitales);

b) si no pudiera determinarse el Estado en el que dicha persona tiene su centro de intereses vitales, o si no tuviera una vivienda permanente a su disposición en ninguno de los dos Estados, se considerará residente solamente del Estado Contratante donde viva habitualmente;

c) si viviera habitualmente en ambos Estados o no lo hiciera en ninguno de ellos, se considerará residente solamente del Estado del que sea nacional;

d) si fuera nacional de ambos Estados o no lo fuera de ninguno de ellos, las autoridades competentes de los dos Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

(3) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1 una persona que no fuera persona física sea residente de ambos Estados Contratantes, se considerará solamente residente del Estado en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

(4) Una sociedad personal se considerará residente del Estado Contratante en que se encuentre su sede de dirección efectiva. Sin embargo, las restricciones del derecho a la gravación fiscal del otro Estado Contratante previstas en los Artículos 6 a 21 solamente se aplicarán en la medida en que las rentas obtenidas en este Estado y el patrimonio de la sociedad personal ubicado en este Estado estén sometidos a la imposición fiscal en el primer Estado.

Artículo 5

Establecimiento permanente

(1) A los efectos del presente Acuerdo, la expresión “establecimiento permanente” significa un lugar fijo de negocios mediante el cual una empresa realiza toda o parte de su actividad.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer neun Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machten.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

(2) La expresión “establecimiento permanente” comprende en especial

a) las sedes de dirección,

b) las sucursales,

c) las oficinas,

d) las fábricas,

e) los talleres y

f) las minas, los pozos de petróleo o de gas, las canteras o cualquier otro lugar de extracción de recursos naturales.

(3) Una obra o un proyecto de construcción o instalación sólo constituye establecimiento permanente si su duración excede de nueve meses.

(4) No obstante lo dispuesto anteriormente en el presente Artículo, se considera que la expresión “establecimiento permanente” no incluye:

a) la utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercancías pertenecientes a la empresa;

b) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de almacenarlas, exponerlas o entregarlas;

c) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de que sean transformadas o manufacturadas por otra empresa;

d) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de comprar bienes o mercancías por cuenta de la empresa o de recoger información para la empresa;

e) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de realizar para la empresa cualesquiera otras actividades de carácter preparatorio o auxiliar;

f) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin del ejercicio combinado de las actividades mencionadas en los incisos a) a e), a condición de que el conjunto de la actividad del lugar fijo de negocios conserve su carácter preparatorio o auxiliar.

(5) No obstante lo dispuesto en los párrafos 1 y 2, cuando una persona – distinta de un agente que goce de un estatuto independiente, al cual se le aplica el párrafo 6 – actúe por cuenta de una empresa y ostente y ejerza habitualmente en un Estado Contratante poderes que la faculten para concluir contratos en nombre de la empresa, se considerará que esta empresa tiene un establecimiento permanente en este Estado respecto de todas las actividades que esta persona realice por cuenta de la empresa, a menos que las actividades de dicha persona se limiten a las mencionadas en el párrafo 4, las cuales, de haber sido ejercidas por medio de un lugar fijo de negocios, no hubieran permitido considerar este lugar como un establecimiento permanente, de acuerdo con las disposiciones del mencionado párrafo.

(6) No se considerará que una empresa tiene un establecimiento permanente en un Estado Contratante por el mero hecho de que realice sus actividades en ese Estado por medio de un corredor, un comisionista general o cualquier otro agente que goce de un estatuto independiente, siempre que estas personas actúen dentro del marco ordinario de su actividad.

(7) El hecho de que una sociedad residente de un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad residente del otro Estado Contratante o que realice actividades en este otro Estado (ya sea por medio de establecimiento permanente o de otra manera) no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en establecimiento permanente de la otra.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artículo 6

Rentas inmobiliarias

(1) Las rentas que un residente de un Estado Contratante obtenga de bienes inmuebles (incluidas las rentas de explotaciones agrícolas y forestales) situados en el otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(2) La expresión “bienes inmuebles” tiene el significado que le atribuye la legislación del Estado Contratante en el cual estén sitos los bienes en cuestión. Dicha expresión comprende en todo caso los accesorios de los bienes inmuebles, el inventario de semovientes y demás bienes muebles de las explotaciones agrícolas y forestales, los derechos a los que se apliquen las disposiciones de derecho privado relativas a los bienes raíces, el usufructo de bienes inmuebles y los derechos a percibir pagos variables o fijos por la explotación o la concesión de la explotación de yacimientos minerales, manantiales y otros recursos naturales; los buques y aeronaves no se consideran bienes inmuebles.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 se aplicarán a las rentas derivadas del uso directo, arrendamiento o aparcería, así como de cualquier otra forma de explotación de bienes inmuebles.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 3 se aplicarán igualmente a las rentas derivadas de los bienes inmuebles de una empresa.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

Artículo 7

Beneficios empresariales

(1) Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante solamente podrán someterse a imposición en este Estado, a no ser que la empresa realice su actividad en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él. En este último caso los beneficios de la empresa serán gravables en el otro Estado, pero sólo en la medida en que puedan imputarse al establecimiento permanente situado en el mismo.

(2) Sin perjuicio de lo establecido en el párrafo 3, cuando una empresa de un Estado Contratante realice su actividad en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante se atribuirán al establecimiento permanente los beneficios que éste hubiera podido obtener si fuese una empresa distinta y separada que realizase las mismas o similares actividades, en las mismas o similares condiciones, y tratase con total independencia con la empresa de la que es establecimiento permanente.

(3) Para la determinación de los beneficios del establecimiento permanente se permitirá la deducción de los gastos en que se haya incurrido para la realización de los fines del establecimiento permanente, comprendidos los gastos de dirección y generales de administración para los mismos fines, tanto si se efectúan en el Estado en que se encuentre el establecimiento permanente como en otra parte.

(4) En tanto que en un Estado Contratante resulte usual determinar los beneficios imputables a los establecimientos permanentes sobre la base de un reparto de los beneficios totales de la empresa entre sus diversas partes, lo establecido en el párrafo 2 no obstará para que dicho Estado Contratante determine los beneficios sujetos a imposición con arreglo al reparto usual; sin embargo, el método de reparto de los beneficios que se adopte habrá de ser tal que el resultado obtenido esté de acuerdo con los principios contenidos en el presente Artículo.

(5) No se imputará ningún beneficio a un establecimiento permanente por el mero hecho de que éste compre bienes o mercancías para la empresa.

(6) A los efectos de los párrafos anteriores, los beneficios imputables al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos válidos y suficientes para proceder de otra forma.

(7) Dieser Artikel gilt auch für die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft. Er erstreckt sich auch auf Vergütungen, die ein Gesellschafter einer Personengesellschaft von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft, für die Gewährung von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezieht, wenn diese Vergütungen nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, den Einkünften des Gesellschafters aus dieser Betriebsstätte zugerechnet werden.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Für Zwecke dieses Artikels beinhaltet der Begriff „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ auch die Gewinne aus der

a) gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und

b) Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die

(7) Lo establecido en el presente Artículo será de aplicación igualmente a los beneficios derivados de la participación en una sociedad personal. También será aplicable a las remuneraciones que los socios de una sociedad personal perciban de la misma por su actividad al servicio de la sociedad, por la concesión de préstamos o por la cesión de bienes económicos, en el supuesto de que, de conformidad con la legislación fiscal del Estado Contratante en que esté sito el establecimiento permanente, tales remuneraciones se imputen a las rentas del socio derivadas del establecimiento permanente.

(8) Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos del presente Acuerdo, las disposiciones de aquellos no quedarán afectadas por las del presente Artículo.

Artículo 8

Navegación marítima y aérea

(1) Los beneficios procedentes de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional sólo podrán someterse a imposición en el Estado Contratante en el que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(2) A los efectos del presente Artículo la expresión “beneficios procedentes de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional” comprende asimismo los beneficios derivados de

a) el arrendamiento ocasional de buques o aeronaves vacíos y

b) el uso o arrendamiento de contenedores (incluidos los tráiler y el correspondiente equipo destinado al transporte de los contenedores),

si dichas actividades forman parte de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional.

(3) Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que se encuentra en el Estado Contratante donde esté el puerto base del mismo, o, si no existiera tal puerto base, en el Estado Contratante en el que resida la persona que explote el buque.

(4) Las disposiciones del párrafo 1 también serán de aplicación a los beneficios procedentes de la participación en un pool, en una explotación en común o en un organismo internacional de explotación.

Artículo 9

Empresas asociadas

(1) Cuando

a) una empresa de un Estado Contratante participe directa o indirectamente en la dirección, el control o el capital de una empresa del otro Estado Contratante, o

b) unas mismas personas participen directa o indirectamente en la dirección, el control o el capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y, en uno y otro caso, las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones aceptadas o impuestas que difieran de las que serían convenidas por empresas independientes, los beneficios que una de las empresas habría obtenido de no existir estas condiciones y que de hecho no haya obtenido a causa de las mismas, se imputarán a los beneficios de esta empresa y serán gravados en consecuencia.

(2) Si en un Estado Contratante se imputan a los beneficios de una empresa de dicho Estado, gravándolos en consecuencia, beneficios de una empresa del otro Estado Contratante que hayan sido gravados en el mismo y los beneficios imputados son beneficios que la empresa del primer Estado Contratante habría obtenido si las condiciones convenidas entre las dos empresas

zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte

hubieran sido las mismas que habrían convenido entre sí empresas independientes, el otro Estado efectuará la correspondiente modificación del impuesto que grave dichos beneficios. A los efectos de esta modificación se tendrán en cuenta las demás disposiciones del presente Acuerdo; en caso necesario las autoridades competentes de los Estados Contratantes celebrarán consultas a este propósito.

Artículo 10

Dividendos

(1) Los dividendos pagados por una sociedad residente de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado Contratante.

(2) Sin embargo, estos dividendos también podrán someterse a imposición en el Estado Contratante del que sea residente la sociedad que pague los dividendos, de conformidad con la legislación de dicho Estado; pero si el beneficiario efectivo de los dividendos es residente del otro Estado Contratante el impuesto no podrá exceder

a) del 5 por ciento del importe bruto de los dividendos, si el beneficiario efectivo es una sociedad (excepto una sociedad personal) que posea directamente al menos el 10 por ciento del capital de la sociedad que pague los dividendos;

b) del 15 por ciento del importe bruto de los dividendos en todos los demás casos.

El presente párrafo no afecta a la imposición de la sociedad respecto de los beneficios con cargo a los cuales se paguen los dividendos.

(3) El término “dividendos” empleado en el presente Artículo comprende los rendimientos de las acciones, de los bonos o derechos de disfrute, de las partes de minas, de las partes de fundador u otras rentas asimiladas a los rendimientos de las acciones por la legislación fiscal del Estado del que sea residente la sociedad que las distribuya, así como los rendimientos de títulos de participación en fondos de inversión.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no serán de aplicación si el beneficiario efectivo de los dividendos, residente de un Estado Contratante, realice en el otro Estado Contratante, del que es residente la sociedad que paga los dividendos, operaciones a través de un establecimiento permanente situado en el mismo y la participación que genere los dividendos esté vinculada efectivamente a este establecimiento permanente. En este caso se aplicarán las disposiciones del Artículo 7.

(5) Cuando una sociedad residente de un Estado Contratante obtenga beneficios o rentas procedentes del otro Estado Contratante, este otro Estado no podrá exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad, salvo en la medida en que estos dividendos sean pagados a un residente de este otro Estado Contratante o la participación que genere los dividendos esté vinculada efectivamente a un establecimiento permanente situado en este otro Estado, ni someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre los mismos, aunque los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas procedentes de este otro Estado.

Artículo 11

Intereses

(1) Los intereses procedentes de un Estado Contratante y pagados a un residente del otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Sin embargo, estos intereses también podrán someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, de conformidad con la legislación de dicho Estado; pero si el beneficia-

der Zinsen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt Folgendes:

a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Östlich des Uruguay gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;

b) Zinsen, die aus der Republik Östlich des Uruguay stammen und für ein durch Gewährleistungen der Bundesrepublik Deutschland für Ausfuhren oder Direktinvestitionen im Ausland gedecktes Darlehen oder an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft gezahlt werden, sind von der uruguayischen Steuer befreit.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 können Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und die Zinszahlung

a) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit steht,

b) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit steht oder

c) für ein von einer Bank gewährtes Darlehen zur langfristigen Finanzierung von Investitionsprojekten geleistet wird.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfasst jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(6) Die Absätze 1 bis 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(8) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

rio efectivo de los intereses es residente del otro Estado Contratante, el impuesto no podrá exceder del 10 por ciento del importe bruto de los intereses.

(3) No obstante lo establecido en el párrafo 2, se aplicarán las siguientes reglas:

a) Los intereses procedentes de la República Federal de Alemania y pagados al Gobierno de la República Oriental del Uruguay estarán exentos del impuesto alemán;

b) los intereses procedentes de la República Oriental del Uruguay y pagados por créditos cubiertos por garantías de la República Federal de Alemania para exportaciones o inversiones directas en el extranjero o pagados al Gobierno de la República Federal de Alemania, al Deutsche Bundesbank (Banco Federal Alemán), al Kreditanstalt für Wiederaufbau (Instituto de Crédito para la Reconstrucción) o a la DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (Sociedad Alemana de Inversiones y Desarrollo) estarán exentos del impuesto uruguayo.

(4) No obstante lo establecido en el párrafo 2 los intereses a que se refiere el párrafo 1 sólo podrán someterse a imposición en el Estado Contratante del que sea residente el perceptor si el perceptor de los intereses es el beneficiario efectivo y el pago de los intereses

a) corresponde a la venta a crédito de equipos industriales, comerciales o científicos,

b) corresponde a la venta a crédito de mercancías de una empresa a otra, o

c) se efectúa por un préstamo concedido por un banco, con destino a financiar a largo plazo proyectos de inversión.

(5) El término “intereses” empleado en el presente Artículo comprende los rendimientos de créditos de cualquier naturaleza, con o sin garantía hipotecaria, y especialmente las rentas de los títulos de deuda pública y de obligaciones, incluidas las primas unidas a estos títulos, y los beneficios de empréstitos a prima. Las penalizaciones por mora en el pago no se consideran intereses a los efectos del presente Artículo. El término “intereses” no abarca, sin embargo, las rentas mencionadas en el Artículo 10.

(6) Las disposiciones de los párrafos 1 a 4 no serán de aplicación si el beneficiario efectivo de los intereses, residente de un Estado Contratante, realiza en el otro Estado Contratante, del cual proceden los intereses, operaciones a través de un establecimiento permanente situado en el mismo con el cual el crédito que genere los intereses esté vinculado efectivamente. En este caso se aplicarán las disposiciones del Artículo 7.

(7) Los intereses se considerarán procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor sea un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la deuda que da origen a los intereses y tal establecimiento soporte el pago de los mismos, los intereses se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté situado el establecimiento permanente.

(8) Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de los intereses o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito por el que se paguen, exceda del importe que hubieran convenido el deudor y el beneficiario efectivo en ausencia de tales relaciones, las disposiciones del presente Artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Acuerdo.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern und sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artículo 12

Regalías

(1) Las regalías procedentes de un Estado Contratante y pagadas a un residente del otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Sin embargo, estas regalías también podrán someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, de conformidad con la legislación de dicho Estado; pero si el beneficiario efectivo de las regalías es residente del otro Estado Contratante, el impuesto no podrá exceder del 10 por ciento del importe bruto de las regalías.

(3) El término “regalías” empleado en el presente Artículo comprende las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, incluidas las películas cinematográficas, de patentes, marcas de fábrica o de comercio, dibujos o modelos, planos, fórmulas o procedimientos secretos y las cantidades pagadas por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas. El término “regalías” abarca asimismo las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de nombres, imágenes y demás derechos de la personalidad equiparables, así como las remuneraciones correspondientes a grabaciones de actuaciones de artistas y deportistas a cargo de canales de televisión o emisoras de radio.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no serán de aplicación si el beneficiario efectivo de las regalías, residente de un Estado Contratante, realiza en el otro Estado Contratante, del cual proceden las regalías, operaciones a través de un establecimiento permanente situado en el mismo con el cual estén vinculados efectivamente los derechos o valores patrimoniales por los que se paguen las regalías. En este caso se aplicarán las disposiciones del Artículo 7.

(5) Las regalías se considerarán procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor sea un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de las regalías, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la obligación de pagar las regalías y tal establecimiento soporte el pago de las mismas, las regalías se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté situado el establecimiento permanente.

(6) Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de las regalías o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de las regalías pagadas, habida cuenta de la prestación por la que se paguen, exceda del importe que hubieran convenido el deudor y el beneficiario efectivo en ausencia de tales relaciones, las disposiciones del presente Artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Acuerdo.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen erzielt, deren Aktivvermögen zu mehr als 50 vom Hundert mittelbar oder unmittelbar aus unbeweglichem Vermögen besteht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, ein-

Artículo 13

Ganancias por enajenación de bienes

(1) Las ganancias que un residente de un Estado Contratante obtenga de la enajenación de bienes inmuebles conforme al Artículo 6 situados en el otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Las ganancias que un residente de un Estado Contratante obtenga de la enajenación de acciones y demás participaciones cuyo patrimonio activo esté constituido directa o indirectamente por más del 50 por ciento por bienes inmuebles situados en el otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en ese otro Estado.

(3) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el

schließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht einbezogen.

Artikel 14

Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15 bis 18 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 15

Aufsichtsrats-,
Verwaltungsrats- und Vorstandsvergütungen

(1) Vergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

otro Estado Contratante, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación del establecimiento permanente (solo o con el conjunto de la empresa), podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(4) Las ganancias derivadas de la enajenación de buques o aeronaves explotados en tráfico internacional y de bienes muebles afectos a la explotación de dichos buques o aeronaves, sólo podrán someterse a imposición en el Estado Contratante donde esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(5) Las ganancias derivadas de la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los párrafos 1 a 4 sólo podrán someterse a imposición en el Estado Contratante en el que resida el transmitente.

(6) Tratándose de personas físicas que hayan sido residentes de un Estado Contratante durante al menos cinco años y hayan pasado a ser residentes del otro Estado Contratante, lo establecido en el párrafo 5 no afectará al derecho del primer Estado Contratante de someter a imposición con arreglo a sus disposiciones legales internas los incrementos patrimoniales de dichas personas anteriores a su cambio de domicilio que se deriven de participaciones en sociedades residentes del primer Estado Contratante. En tal caso el incremento patrimonial gravado en el primer Estado Contratante no será computado por el otro Estado al determinar el incremento patrimonial posterior.

Artículo 14

Rentas del trabajo en relación de dependencia

(1) Sin perjuicio de lo dispuesto en los Artículos 15 a 18, los sueldos, salarios y remuneraciones similares percibidos por un residente de un Estado Contratante por un trabajo en relación de dependencia sólo podrán someterse a imposición en este Estado, a no ser que el trabajo se ejerza en el otro Estado Contratante. En tal caso las remuneraciones percibidas podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(2) No obstante lo dispuesto en el párrafo 1, las remuneraciones percibidas por un residente de un Estado Contratante por un trabajo en relación de dependencia ejercido en el otro Estado Contratante sólo podrán someterse a imposición en el primer Estado si

a) el perceptor no permanece en total en el otro Estado, en una o varias etapas, más de ciento ochenta y tres días durante un período de doce meses que comience o termine en el año fiscal considerado, y

b) las remuneraciones son pagadas por o en nombre de un empleador que no sea residente del otro Estado, y

c) las remuneraciones no son soportadas por un establecimiento permanente que el empleador tenga en el otro Estado.

(3) Lo dispuesto en el párrafo 2 no se aplicará a las remuneraciones de trabajos ejercidos en el marco de una cesión de mano de obra con carácter empresarial.

(4) No obstante las disposiciones precedentes del presente Artículo, las remuneraciones percibidas por un trabajo en relación de dependencia ejercido a bordo de un buque o aeronave explotados en tráfico internacional, serán gravables en el Estado Contratante en que se encuentre la sede de dirección efectiva de la empresa que explote el buque o aeronave.

Artículo 15

Remuneraciones de los
miembros de consejos de vigilancia y juntas directivas

(1) Las remuneraciones y retribuciones similares que un residente de un Estado Contratante perciba como miembro de un consejo de vigilancia de una sociedad residente del otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(2) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 14 können Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Direktor oder als Vorstandsmitglied einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 17

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Leistungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 in diesem anderen Staat besteuert werden. In diesem Fall darf die Steuer 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Leistungen nicht überschreiten.

(3) Wiederkehrende oder einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel 18

Öffentlicher Dienst

(1)

a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer ande-

(2) No obstante lo dispuesto en el Artículo 14, los pagos percibidos por un residente de un Estado Contratante como director o miembro de una junta directiva de una sociedad residente del otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado.

Artículo 16

Artistas y deportistas

(1) No obstante lo dispuesto en los Artículos 7 y 14, las rentas obtenidas por los profesionales del espectáculo, tales como los artistas de teatro, cine, radiodifusión o televisión y los músicos, así como por los deportistas residentes de un Estado Contratante por el ejercicio de sus actividades en persona en el otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en este otro Estado.

(2) No obstante lo dispuesto en los Artículos 7 y 14, cuando las rentas derivadas de las actividades ejercidas por un artista o deportista en persona y en calidad de tales afluyan, no al propio artista o deportista, sino a otra persona, estas rentas podrán someterse a imposición en el Estado Contratante en el cual el artista o deportista ejerza su actividad.

(3) Lo dispuesto en los párrafos 1 y 2 no se aplicará a las rentas derivadas de actividades ejercidas por artistas o deportistas en un Estado Contratante cuando la permanencia de los artistas o deportistas en dicho Estado sea costeada total o esencialmente con cargo a recursos públicos del otro Estado Contratante, de uno de sus Länder (Estados Federados), de una de sus subdivisiones políticas o de una de sus entidades locales o por una institución de utilidad pública reconocida en este otro Estado. En tal caso las rentas sólo podrán someterse a imposición en el Estado Contratante del que sea residente el artista o deportista.

Artículo 17

Pensiones, haberes pasivos y asignaciones análogas

(1) Sin perjuicio de lo establecido en el Artículo 18, párrafo 2, los haberes pasivos y asignaciones análogas o las pensiones que perciba un residente de un Estado Contratante del otro Estado Contratante sólo podrán someterse a imposición en el primer Estado Contratante.

(2) No obstante lo establecido en el párrafo 1, las prestaciones que perciba una persona física residente de un Estado Contratante con cargo al sistema de seguridad social del otro Estado Contratante podrán someterse a imposición en ese otro Estado. En tal caso, el impuesto no podrá exceder del 10 por ciento del importe bruto de las prestaciones.

(3) No obstante lo establecido en el párrafo 1, las asignaciones únicas o periódicas que un Estado Contratante o una de sus subdivisiones políticas o una de sus entidades locales pague a un residente del otro Estado Contratante en concepto de indemnización por persecuciones políticas, desafueros o daños como consecuencia de acciones bélicas (incluidas las reparaciones) o de la prestación del servicio militar obligatorio o del servicio civil sustitutorio o de un delito, una vacuna o casos análogos sólo podrán someterse a imposición en el primer Estado.

(4) El término “pensión” significa una suma determinada pagable periódicamente en fechas fijas, de por vida o durante un período de tiempo determinado y determinable, en virtud de una obligación que prevea tales pagos como contraprestación por una prestación adecuada realizada en dinero o valor monetario.

Artículo 18

Función pública

(1)

a) Los sueldos, salarios y remuneraciones análogas, exceptuando los haberes pasivos, pagados por un Estado Contratante, uno de sus Länder (Estados Federados), una de sus

ren juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder aus von diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind auch für Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter anzuwenden, die an natürliche Personen für Dienste gezahlt werden, die dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und anderen ähnlichen von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im gegenseitigen Einvernehmen zu bestimmenden Einrichtungen geleistet werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 14.

Artikel 19

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausge-

subdivisiones políticas o una de sus entidades locales u otra persona jurídica de derecho público de dicho Estado a una persona física por razón de servicios prestados a los mismos sólo podrán someterse a imposición en dicho Estado.

b) No obstante, dichos sueldos, salarios y remuneraciones análogas sólo podrán someterse a imposición en el otro Estado Contratante si los servicios se prestan en este otro Estado y la persona física es residente del mismo y

aa) tiene la nacionalidad de este otro Estado o

bb) no ha adquirido la condición de residente de dicho Estado únicamente para prestar los servicios en cuestión.

(2)

a) Los derechos pasivos abonados por un Estado Contratante, uno de sus Länder (Estados Federados), una de sus subdivisiones políticas o una de sus entidades locales u otra persona jurídica de derecho público de dicho Estado o procedentes de un patrimonio especial establecido por este Estado, uno de sus Länder (Estados Federados), una de sus subdivisiones políticas o una de sus entidades locales u otra persona jurídica de derecho público a una persona física por servicios prestados a los mismos sólo podrán someterse a imposición en dicho Estado.

b) No obstante, dichos derechos pasivos sólo podrán someterse a imposición en el otro Estado Contratante si la persona física es residente del mismo y posee su nacionalidad.

(3) Las disposiciones de los Artículos 14, 15, 16 o 17 serán de aplicación a los sueldos, salarios y remuneraciones análogas y haberes pasivos por servicios prestados en relación con operaciones de un Estado Contratante, uno de sus Länder (Estados Federados), una de sus subdivisiones políticas o una de sus entidades locales u otra persona jurídica de derecho público de dicho Estado.

(4) Lo establecido en el párrafo 1 se aplicará por analogía a las remuneraciones que se paguen a los especialistas o voluntarios enviados a un Estado Contratante con el consentimiento del mismo en el marco de un programa de cooperación económica del otro Estado Contratante, de uno de sus Länder (Estados Federados), de una de sus subdivisiones políticas o de una de sus autoridades locales, con fondos aportados exclusivamente por este Estado Contratante, sus Länder (Estados Federados), sus subdivisiones políticas o sus autoridades locales.

(5) Lo establecido en los párrafos 1 y 2 se aplicará también a los sueldos, salarios y remuneraciones análogas y haberes pasivos pagados a personas físicas por servicios prestados al Instituto Goethe, al Servicio Alemán de Intercambio Académico (DAAD) y a otras instituciones similares que las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán determinar de común acuerdo. En caso de que tales remuneraciones no se graven en el Estado fundador de la institución, se aplicará lo establecido en el Artículo 14.

Artículo 19

Profesores invitados, maestros y estudiantes

(1) Las personas físicas que se trasladen a un Estado Contratante por un máximo de dos años a invitación del mismo o de una universidad, escuela superior, colegio, museo u otras instituciones culturales de dicho Estado Contratante o en el marco de un intercambio cultural oficial con el único fin de ejercer una actividad docente, impartir clases o realizar tareas de investigación en tales instituciones y que sean residentes del otro Estado Contratante o hayan sido residentes del mismo inmediatamente antes de trasladarse al Estado mencionado en primer lugar estarán exentas en el Estado mencionado en primer lugar del pago de impuestos sobre las remuneraciones percibidas por la activi-

setzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Republik Östlich des Uruguay sowie die in der Republik Östlich des Uruguay gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Östlich des Uruguay besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

   Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Östlich des Uruguay ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens zehn vom Hundert unmit-

dad en cuestión, siempre y cuando dichas remuneraciones no procedan de este Estado.

(2) Las cantidades que perciban para cubrir sus gastos de sostenimiento, estudios o formación los estudiantes universitarios, alumnos en prácticas y aprendices de formación profesional que se encuentren en un Estado Contratante con el único fin de cursar su carrera superior o de formación profesional y sean o hayan sido residentes del otro Estado Contratante inmediatamente antes de trasladarse al Estado mencionado en primer lugar estarán exentos del pago de impuestos en el Estado mencionado en primer lugar, siempre y cuando dichas cantidades procedan de fuentes situadas fuera de este Estado.

Artículo 20

Otras rentas

(1) Las rentas de un residente de un Estado Contratante no mencionadas expresamente en los Artículos anteriores sólo podrán someterse a imposición en este Estado, cualquiera que sea su procedencia.

(2) Lo dispuesto en el párrafo 1 no será de aplicación a rentas distintas de las derivadas de bienes inmuebles a efectos del Artículo 6, párrafo 2 si el receptor residente de un Estado Contratante realiza en el otro Estado Contratante operaciones por medio de un establecimiento permanente situado en el mismo y los derechos o valores patrimoniales por los cuales se paguen las rentas pertenecen efectivamente a dicho establecimiento permanente. En este caso se aplicarán las disposiciones del Artículo 7.

Artículo 21

Patrimonio

(1) El patrimonio constituido por bienes inmuebles, a efectos del Artículo 6, pertenecientes a un residente de un Estado Contratante que estén sitos en el otro Estado Contratante podrá someterse a imposición en este otro Estado Contratante.

(2) El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante podrá someterse a imposición en este otro Estado.

(3) Los buques y aeronaves explotados en tráfico internacional y los bienes muebles afectos a su explotación sólo serán gravables en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(4) Todos los demás elementos del patrimonio de un residente de un Estado Contratante sólo podrán someterse a imposición en este Estado.

Artículo 22

Métodos para evitar la doble imposición en el Estado de residencia

(1) Tratándose de un residente de la República Federal de Alemania, el impuesto correspondiente se determinará de la siguiente manera:

a) Las rentas obtenidas de la República Oriental del Uruguay y los valores patrimoniales situados en la República Oriental del Uruguay que, de acuerdo con las disposiciones del presente Acuerdo sean gravables en la República Oriental del Uruguay y no estén comprendidos en la letra b) quedarán excluidos de la base imponible del impuesto alemán.

   La disposición precedente sólo se aplicará a los dividendos si éstos son pagados a una sociedad (excluidas las sociedades personales) residente de la República Federal de Alemania por una sociedad residente de la República Oriental del Uruguay, cuyo capital pertenezca directamente en por lo menos un diez por ciento a la sociedad alemana y no han sido

telbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die uruguayische Steuer angerechnet, die nach uruguayischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen,

bb) Zinsen,

cc) Lizenzgebühren,

dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Östlich des Uruguay besteuert werden können,

ee) Einkünfte, die nach Artikel 14 Absatz 3 in der Republik Östlich des Uruguay besteuert werden können,

ff) Einkünfte, die nach Artikel 15 in der Republik Östlich des Uruguay besteuert werden können,

gg) Einkünfte, die nach Artikel 16 besteuert werden können.

c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Östlich des Uruguay ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nr. 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.

e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 24 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder das Vermögen unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vom ersten Tag

objeto de deducción al calcularse los beneficios de la sociedad que distribuya dichos dividendos.

A los efectos de los impuestos sobre el patrimonio quedarán asimismo excluidas de la base imponible del impuesto alemán las participaciones que, en caso de pagarse, habrían de excluirse de la base imponible del impuesto con arreglo a las disposiciones precedentes.

b) Al impuesto alemán sobre la renta aplicable a las rentas que se enumeran a continuación se le practicará, teniendo presente la legislación fiscal alemana en materia de deducciones de impuestos extranjeros, la deducción del impuesto uruguayo que se haya pagado por tales rentas con arreglo a la legislación uruguaya y en concordancia con el presente Acuerdo:

aa) dividendos no comprendidos en la letra a),

bb) intereses,

cc) regalías,

dd) rentas gravables en la República Oriental del Uruguay conforme a lo establecido en el Artículo 13, párrafo 2,

ee) rentas gravables en la República Oriental del Uruguay conforme a lo establecido en el Artículo 14, párrafo 3,

ff) rentas gravables en la República Oriental del Uruguay conforme a lo establecido en el Artículo 15,

gg) rentas gravables conforme a lo establecido en el Artículo 16.

c) A las rentas en el sentido de los Artículos 7 y 10 y a los valores patrimoniales de los cuales se deriven dichas rentas no les serán aplicables las disposiciones de la letra a) sino las disposiciones de la letra b) en caso de que el residente de la República Federal de Alemania no acredite que el establecimiento permanente o la sociedad residente de la República Oriental del Uruguay ha percibido, respectivamente en el ejercicio económico en el cual haya obtenido los beneficios o haya efectuado el reparto de dividendos, sus rendimientos brutos exclusiva o casi exclusivamente de actividades comprendidas en el § 8, párrafo 1, números 1 a 6, de la Ley de Fiscalidad Exterior alemana (Außensteuergesetz); lo anterior también será de aplicación al patrimonio constituido por bienes inmuebles afectos a un establecimiento permanente y a las rentas derivadas del mismo (Artículo 6, párrafo 4), así como a los beneficios obtenidos de la enajenación de dicho patrimonio inmueble (Artículo 13, párrafo 1) y del patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo del establecimiento permanente (Artículo 13, párrafo 3).

d) No obstante, la República Federal de Alemania se reserva el derecho de considerar a efectos de la fijación del tipo imponible las rentas y valores patrimoniales excluidos del impuesto alemán con arreglo a las disposiciones del presente Acuerdo.

e) No obstante lo dispuesto en la letra a), la doble imposición se evitará procediendo a la deducción con arreglo a la letra b)

aa) si en los Estados Contratantes las rentas o patrimonios son subsumidos en diferentes disposiciones del Acuerdo o imputados a distintas personas (salvo en el supuesto del Artículo 9) y este conflicto no puede resolverse mediante un procedimiento conforme al Artículo 24, párrafo 3, y como consecuencia de esa subsunción o imputación divergentes las rentas o el patrimonio no quedarían sometidos a imposición o se gravarían menos de lo que correspondería de no existir ese conflicto o

bb) si la República Federal de Alemania, previa celebración de consultas, notifica por la vía diplomática otras rentas a las cuales tenga intención de aplicar el método de deducción conforme a la letra b). Con respecto a las rentas notificadas de este modo la doble imposición se evitará mediante la deducción conforme la letra b) a partir del

des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

f) Für die Zwecke der in Buchstabe b erwähnten Steueranrechnung wird davon ausgegangen, dass die uruguayische Steuer beträgt

aa) bei Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 Buchstabe a 5 vom Hundert, sofern die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe e Doppelbuchstabe bb die Doppelbesteuerung mit Hilfe der Anrechnungsmethode vermeidet,

bb) bei Zinsen 10 vom Hundert,

cc) bei Lizenzgebühren 10 vom Hundert.

Diese Bestimmung ist auf Beträge, die nach dem 31. Dezember 2014 entstehen oder gezahlt werden, nicht anzuwenden.

(2) Bei einer in der Republik Östlich des Uruguay ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) folgende Einkünfte, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, sind von der Bemessungsgrundlage für die uruguayische Steuer ausgenommen:

aa) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne von Artikel 6 und Gewinne aus der Veräußerung dieser Vermögensgegenstände;

bb) Unternehmensgewinne im Sinne von Artikel 7 und Gewinne im Sinne von Artikel 13 Absatz 3;

cc) Dividenden im Sinne von Artikel 10, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar einer uruguayischen Gesellschaft gehört, an eine in der Republik Östlich des Uruguay ansässige Gesellschaft gezahlt werden;

dd) Vergütungen im Sinne von Artikel 14 und 18.

Die Republik Östlich des Uruguay behält sich aber das Recht vor, bei der Festsetzung der Steuer die so ausgenommenen Einkünfte zu berücksichtigen.

Die zuvor genannten Bestimmungen finden auch auf alle in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte Anwendung, wenn die Einkünfte aus diesen Vermögenswerten aus der Bemessungsgrundlage für die uruguayische Steuer ausgenommen werden sollen oder müssten.

b) Sofern die zuvor genannten Bestimmungen keine Anwendung finden, wird von der Einkommensteuer, die nach den uruguayischen Gesetzen in der Republik Östlich des Uruguay auf Einkommen aus der Bundesrepublik Deutschland erhoben wird, die Steuer abgezogen, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist. Ebenso wird von der Vermögensteuer, die nach den uruguayischen Gesetzen in der Republik Östlich des Uruguay auf in der Bundesrepublik Deutschland gelegenes Vermögen jeder Art erhoben wird, die Vermögensteuer abgezogen, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist. Der Abzugsbetrag darf jedoch nicht den Teil der uruguayischen Steuer, der auf diese Einkünfte oder Vermögenswerte vor dem Abzug entfällt, überschreiten.

Artikel 23

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden kön-

primer día del año calendario inmediato posterior a aquel en que se haya remitido la notificación.

f) A los efectos de la deducción mencionada en la letra b) se parte de la base de que el impuesto uruguayo se eleva

aa) para los dividendos en el sentido del Artículo 10, párrafo 2, letra a), al 5 por ciento, siempre que Alemania conforme al Artículo 22, párrafo1, letra e), letra bb), evite la doble imposición mediante la aplicación del método del crédito fiscal,

bb) para los intereses, al 10 por ciento,

cc) para las regalías, al 10 por ciento.

Esta disposición no se aplicará a los montos generados y asignados después del 31 de diciembre de 2014.

(2) Tratándose de un residente de la República Oriental del Uruguay, el impuesto correspondiente se determinará de la siguiente manera:

a) Serán exceptuadas de la base de estimación del impuesto uruguayo las siguientes rentas, que de acuerdo con las disposiciones del presente Acuerdo, estarán gravadas en la República Federal de Alemania:

aa) Rentas de bienes inmuebles en el sentido del Artículo 6 y beneficios de la enajenación de dichos bienes;

bb) Beneficios de empresas en el sentido del Artículo 7 y las ganancias a que refiere el Artículo 13, párrafo 3;

cc) Dividendos en el sentido del Artículo 10, pagados a una sociedad residente de la República Oriental del Uruguay por una sociedad residente de la República Federal de Alemania, cuyo capital pertenezca directamente en al menos un 10% a la sociedad uruguaya;

dd) Remuneraciones en el sentido de los Artículos 14 y 18.

La República Oriental del Uruguay se reserva sin embargo el derecho de tener en cuenta en la fijación del impuesto, las rentas así exceptuadas.

Las disposiciones precedentes se aplicarán también a bienes de todas clases situados en la República Federal de Alemania, si las rentas de dichos bienes deben o debieran ser exceptuadas de la base de estimación del impuesto uruguayo.

b) Siempre que no sean de aplicación las disposiciones precedentes, se deducirá del impuesto sobre la renta, que haya de percibirse en la República Oriental del Uruguay sobre rentas procedentes de la República Federal de Alemania, de acuerdo con las leyes uruguayas el impuesto percibido por el fisco alemán conforme a las leyes alemanas y de conformidad con el presente Acuerdo. Asimismo, se deducirá del impuesto sobre el patrimonio que haya de percibirse en la República Oriental del Uruguay sobre bienes de todas clases situados en la República Federal de Alemania de acuerdo con las leyes uruguayas el impuesto sobre el patrimonio percibido por el fisco alemán conforme a las leyes alemanas y de conformidad con el presente Acuerdo. El importe de la deducción no podrá exceder sin embargo la parte del impuesto uruguayo, correspondiente a dichas rentas o bienes antes de hecha la deducción.

Artículo 23

No discriminación

(1) Los nacionales de un Estado Contratante no serán sometidos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este otro Estado que se encuentren en las mismas condiciones, especialmente en lo tocante a la residencia. No obstante lo establecido en el Artículo 1, la presente disposición

nen. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung und damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 8 und Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden sind, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahmen unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

también será de aplicación a las personas que no sean residentes de ninguno de los Estados Contratantes.

(2) Los apátridas residentes de un Estado Contratante no serán sometidos en ninguno de los dos Estados Contratantes a ningún impuesto u obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales del Estado respectivo que se encuentren en las mismas condiciones.

(3) Los establecimientos permanentes que las empresas de un Estado Contratante tengan en el otro Estado Contratante no serán sometidos a imposición en este otro Estado de manera menos favorable que las empresas de este otro Estado que realicen las mismas actividades. La presente disposición no se interpretará en el sentido de que obliga a un Estado Contratante a conceder a los residentes del otro Estado Contratante las exenciones, desgravaciones y reducciones fiscales relativas a su estado civil o sus cargas familiares que conceda sólo a sus propios residentes.

(4) A excepción de los casos contemplados en el Artículo 9, párrafo 1, en el Artículo 11, párrafo 8, y en el Artículo 12, párrafo 6, los intereses, regalías y otras retribuciones que una empresa de un Estado Contratante pague a un residente del otro Estado Contratante serán deducibles a efectos de la determinación de los beneficios gravables de esta empresa en las mismas condiciones que si hubieran sido pagados a un residente del primer Estado Contratante. Igualmente, las deudas de una empresa de un Estado Contratante contraídas con un residente del otro Estado Contratante serán deducibles a efectos de la determinación del patrimonio imponible de esta empresa en las mismas condiciones que si se hubieran contraído con un residente del primer Estado.

(5) Las empresas de un Estado Contratante cuyo capital esté, en todo o en parte, detentado o controlado, directa o indirectamente, por uno o varios residentes del otro Estado Contratante no serán sometidas en el primer Estado Contratante a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquellos a los que estén o puedan estar sometidas otras empresas similares del primer Estado.

(6) No obstante las disposiciones del Artículo 2, lo dispuesto en el presente Artículo será de aplicación a todos los impuestos, cualquiera que sea su naturaleza o denominación.

Artículo 24

Procedimiento amistoso

(1) Cuando una persona considere que las medidas adoptadas por uno o ambos Estados Contratantes implican o implicarán para ella una imposición no conforme con las disposiciones del presente Acuerdo, independientemente de los recursos previstos por la legislación interna de estos Estados, podrá someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante del que sea residente o, si a su caso le fuera aplicable lo establecido en el Artículo 23, párrafo 1, a la autoridad competente del Estado Contratante del que sea nacional. El caso deberá ser planteado dentro de los tres años siguientes a la primera notificación de la medida que implique una imposición no conforme con las disposiciones del presente Acuerdo.

(2) La autoridad competente, si considera fundada la reclamación y si ella misma no está en condiciones de promover una solución satisfactoria, procurará resolver el caso mediante un acuerdo amistoso con la autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar una imposición no conforme con el presente Acuerdo. El acuerdo amistoso se aplicará independientemente de los plazos previstos por la legislación interna de los Estados Contratantes.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung bzw. Vollstreckung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat gemäß Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Auskünfte in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder für eine Gerichtsentscheidung offenlegen.

(3) Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltende Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen gemäß Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, einem Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

(3) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes procurarán resolver las dificultades o disipar las dudas que plantee la interpretación o aplicación del presente Acuerdo de mutuo acuerdo. También podrán celebrar consultas para tratar de evitar la doble imposición en los casos no previstos en el presente Acuerdo.

(4) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán comunicarse directamente entre sí para llegar a un acuerdo conforme a los párrafos precedentes y, si fuera necesario, mediante una comisión conjunta de ellas o de sus representantes.

Artículo 25

Intercambio de información

(1) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán las informaciones previsiblemente pertinentes para aplicar lo dispuesto en el presente Acuerdo o para administrar y exigir lo dispuesto en la legislación nacional de los Estados Contratantes relativas a los impuestos de toda clase y naturaleza percibidos por los Estados Contratantes, sus Länder (Estados Federados), sus subdivisiones políticas o entidades locales en la medida en que la imposición prevista en el mismo no sea contraria al Acuerdo. El intercambio de información no vendrá limitado por los Artículos 1 y 2.

(2) Todas las informaciones recibidas por un Estado Contratante en virtud del párrafo 1 serán mantenidas secretas de la misma forma que las informaciones obtenidas en virtud de la legislación interna de dicho Estado y sólo se desvelará a las personas o autoridades (incluidos los tribunales y órganos administrativos) encargadas de la liquidación o recaudación de los impuestos a los que hace referencia el párrafo 1, de su aplicación efectiva o de persecución del incumplimiento relativo a los mismos, de la resolución de los recursos en relación con los mismos o de la supervisión de las funciones anteriores. Dichas personas o autoridades sólo utilizarán estas informaciones para estos fines. Podrán desvelar las informaciones en las audiencias públicas de los tribunales o en sentencias judiciales.

(3) En ningún caso las disposiciones de los párrafos 1 y 2 podrán interpretarse en el sentido de obligar a un Estado Contratante a

a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante para suministrar las informaciones en cuestión;

b) suministrar información que no se pueda obtener sobre la base de su propia legislación o en el ejercicio de su práctica administrativa normal o de las del otro Estado Contratante;

c) suministrar información que revele secretos comerciales, industriales, gerenciales o profesionales, procedimientos comerciales o informaciones cuya comunicación sea contraria al orden público.

(4) Si un Estado Contratante solicita información conforme al presente Artículo, el otro Estado Contratante utilizará las medidas para recabar información de que disponga con el fin de obtener la información solicitada, aun cuando ese otro Estado pueda no necesitar dicha información para sus propios fines tributarios. La obligación precedente está limitada por lo dispuesto en el párrafo 3 siempre y cuando este apartado no sea interpretado para impedir a un Estado Contratante proporcionar información exclusivamente por la ausencia de interés doméstico en la misma.

(5) En ningún caso las disposiciones del párrafo 3 se interpretarán en el sentido de permitir a un Estado Contratante negarse a proporcionar información únicamente porque esta obre en poder de bancos, otras instituciones financieras, agentes o de cualquier persona que actúe en calidad representativa o fiduciaria o porque esa información haga referencia a la participación en la titularidad de una persona.

Artikel 26

Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amtshilfe ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Steueranspruch“ bedeutet einen Betrag, der auf Grund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung diesem Abkommen oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, nicht widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen und Kosten der Erhebung oder Sicherung.

(3) Ist der Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird vom anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung seiner eigenen Steuern erhoben, als handele es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch des anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der andere Staat leitet nach seinen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steueranspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen im erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Erhebung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 und 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Vorschriften über die vorrangige Behandlung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Ferner hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausgezahlt hat,

a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, oder

b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann,

Artículo 26

Asistencia en la recaudación de impuestos

(1) Los Estados Contratantes se prestarán asistencia mutua en la recaudación de sus créditos tributarios. Esta asistencia no está limitada por los Artículos 1 y 2. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán establecer de mutuo acuerdo el modo de aplicación de este Artículo.

(2) La expresión “crédito tributario” en el sentido de este Artículo significa todo importe debido en concepto de impuestos de toda clase y naturaleza exigibles por los Estados Contratantes, sus subdivisiones políticas o sus entidades locales, en la medida en que esta imposición no sea contraria al presente Acuerdo o a cualquier otro instrumento del derecho internacional del que los Estados Contratantes sean parte; la expresión comprende igualmente los intereses, sanciones administrativas y costes de recaudación o de establecimiento de medidas cautelares relacionados con dicho importe.

(3) Cuando un crédito tributario de un Estado Contratante sea exigible en virtud del Derecho de ese Estado y el deudor sea una persona que conforme al Derecho de ese Estado no pueda impedir en ese momento su recaudación, las autoridades competentes del otro Estado Contratante, a petición de las autoridades competentes del primer Estado, aceptarán dicho crédito tributario para los fines de su recaudación por ese otro Estado. Dicho otro Estado recaudará el crédito tributario de acuerdo con lo dispuesto en su legislación relativa a la aplicación y recaudación de sus propios impuestos como si se tratara de un crédito tributario propio.

(4) Cuando un crédito tributario de un Estado Contratante sea de naturaleza tal que ese Estado pueda, en virtud de su Derecho interno, adoptar medidas cautelares que aseguren su recaudación, las autoridades competentes del otro Estado Contratante, a petición de las autoridades competentes del primer Estado, aceptarán dicho crédito tributario para los fines de adoptar tales medidas cautelares. Ese otro Estado adoptará las medidas cautelares de acuerdo con lo dispuesto en su legislación como si se tratara de un crédito tributario propio, aun cuando en el momento de aplicación de dichas medidas el crédito tributario no fuera exigible en el Estado mencionado en primer lugar o su deudor fuera una persona con derecho a impedir su recaudación.

(5) No obstante lo dispuesto en los párrafos 3 y 4, un crédito tributario aceptado por un Estado Contratante a los efectos de dichos párrafos, no estará sujeto en ese Estado a la prescripción o prelación aplicables a los créditos tributarios conforme a su Derecho interno por razón de su naturaleza de crédito tributario. Asimismo, un crédito tributario aceptado por un Estado Contratante a los efectos de los párrafos 3 o 4 no disfrutará en ese Estado de las prelaciones aplicables a los créditos tributarios en virtud del Derecho del otro Estado Contratante.

(6) Ningún procedimiento relativo a la existencia, validez o cuantía del crédito tributario de un Estado Contratante podrá incoarse ante los tribunales u órganos administrativos del otro Estado Contratante.

(7) Cuando en un momento posterior a la solicitud de recaudación realizada por un Estado Contratante en virtud de los párrafos 3 o 4, y previo a su recaudación y remisión por el otro Estado Contratante, el crédito tributario dejara de ser

a) en el caso de una solicitud presentada en virtud del párrafo 3, un crédito exigible conforme al Derecho interno del Estado mencionado en primer lugar y cuyo deudor fuera una persona que en ese momento y según el Derecho de ese Estado no pudiera impedir su recaudación, o

b) en el caso de una solicitud presentada en virtud del párrafo 4, un crédito con respecto al cual, conforme al Derecho interno del Estado mencionado en primer lugar, pudieran adoptarse medidas cautelares para asegurar su recaudación,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und nach Wahl des anderen Staates setzt der erstgenannte Staat das Ersuchen entweder aus oder nimmt es zurück.

(8) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung (ordre public) widersprächen;

c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder Sicherung, die nach seinen Gesetzen oder nach seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;

d) Amtshilfe in Fällen zu leisten, in denen der Verwaltungsaufwand für diesen Staat in einem eindeutigen Missverhältnis zu dem Nutzen steht, den der andere Vertragsstaat dadurch erlangt.

Artikel 27

Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach diesem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit in dem anderen Vertragsstaat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden. Führt die vorstehende Bestimmung zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 24 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

las autoridades competentes del Estado mencionado en primer lugar notificarán sin dilación a las autoridades competentes del otro Estado ese hecho y, según decida ese otro Estado, el Estado mencionado en primer lugar suspenderá o retirará su solicitud.

(8) En ningún caso las disposiciones de este Artículo se interpretarán en el sentido de obligar a un Estado Contratante a:

a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante;

b) adoptar medidas contrarias al orden público;

c) suministrar asistencia cuando el otro Estado Contratante no haya aplicado, razonablemente, todas las medidas cautelares o para la recaudación, según sea el caso, de que disponga conforme a su legislación o práctica administrativa;

d) suministrar asistencia en aquellos casos en que la carga administrativa para ese Estado esté claramente desproporcionada con respecto al beneficio que vaya a obtener el otro Estado Contratante.

Artículo 27

Reglas de procedimiento para la retención en la fuente

(1) Si en un Estado Contratante los impuestos sobre dividendos, intereses, regalías u otras rentas obtenidas por un residente del otro Estado Contratante se recaudan por el sistema de retención previa, el Derecho del Estado mencionado en primer lugar a proceder a la retención conforme al tipo aplicable según su legislación interna quedará a salvo de las disposiciones del presente Acuerdo. El impuesto recaudado por el sistema de retención previa será devuelto a instancia del sujeto pasivo en los supuestos y en la medida en que proceda una reducción o la no percepción del mismo en virtud del presente Acuerdo.

(2) Las solicitudes de devolución deberán presentarse antes de transcurridos cuatro años, contados desde el año natural en que se haya liquidado la retención sobre los dividendos, intereses, regalías u otras rentas.

(3) No obstante lo establecido en el párrafo 1, cada Estado Contratante establecerá procedimientos para que los pagos correspondientes a rentas que, de acuerdo con las disposiciones del presente Acuerdo, no estén sometidas a imposición en el Estado de la fuente o únicamente estén sujetas a un tipo reducido del impuesto respectivo puedan efectuarse sin la retención en la fuente o únicamente con la deducción prevista en el artículo correspondiente del presente Acuerdo.

(4) El Estado Contratante del que procedan las rentas podrá exigir la presentación de un certificado de residencia en el otro Estado Contratante expedido por la autoridad competente.

(5) Las autoridades competentes podrán regular de mutuo acuerdo la aplicación del presente Artículo y, en caso necesario, establecer otros procedimientos para aplicar las reducciones fiscales o exenciones previstas en el presente Acuerdo.

Artículo 28

Aplicación del Acuerdo en determinados casos

El presente Acuerdo no se interpretará de manera que impida a un Estado Contratante aplicar sus disposiciones legales internas para evitar la evasión y el fraude fiscales. En el supuesto de que las disposiciones anteriores den lugar a una doble imposición, las autoridades competentes celebrarán consultas con arreglo a lo establecido en el Artículo 24, párrafo 3, para buscar fórmulas que permitan evitar la doble imposición.

Artikel 29

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artículo 29

Miembros de misiones diplomáticas y de oficinas consulares

El presente Acuerdo no afectará a los privilegios fiscales de que disfruten los miembros de las misiones diplomáticas y oficinas consulares conforme a los principios generales del Derecho Internacional o en virtud de acuerdos especiales.

Artikel 30

Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artículo 30

Protocolo

El Protocolo anexo es parte integrante del presente Acuerdo.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

c) in Bezug auf den Informationsaustausch nach Artikel 25 ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

d) in Bezug auf die Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern nach Artikel 26, sobald die zuständigen Behörden im Rahmen des Verständigungsverfahrens nach Artikel 24 schriftlich Einzelheiten über die Anwendung von Artikel 26 vereinbart haben.

(3) Das Abkommen vom 5. Mai 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen ist ab dem Zeitpunkt nicht mehr anzuwenden, an dem dieses Abkommen nach Absatz 2 angewandt wird.

Artículo 31

Entrada en vigor

(1) El presente Acuerdo será ratificado y los instrumentos de ratificación serán intercambiados en Berlín lo antes posible.

(2) El presente Acuerdo entrará en vigor en la fecha del canje de los instrumentos de ratificación y se aplicará en ambos Estados Contratantes

a) con respecto a los impuestos que se perciban por el sistema de retención en la fuente, a las sumas pagadas a partir del 1 de enero, inclusive, del año natural inmediatamente posterior al de entrada en vigor del presente Acuerdo;

b) con respecto a los restantes impuestos, a los que se perciban por los períodos a partir del 1 de enero del año natural inmediatamente posterior al de entrada en vigor del presente Acuerdo;

c) con respecto al intercambio de información conforme al artículo 25, a partir del 1 de enero del año natural inmediatamente posterior al de entrada en vigor del presente Acuerdo;

d) con respecto a la asistencia en recaudación de impuestos conforme al Artículo 26, cuando las autoridades competentes, en el marco de un procedimiento amistoso conforme al Artículo 24, hayan acordado por escrito los detalles de cómo aplicar el Artículo 26.

(3) El Acuerdo entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay para evitar la Doble Imposición en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio, firmado el 5 de mayo de 1987, dejará de tener efecto a partir de la fecha en que las disposiciones del presente Acuerdo empiecen a tener efecto.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

Artículo 32

Denuncia

El presente Acuerdo permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá denunciarlo ante el otro por escrito y por la vía diplomática a más tardar el 30 de junio de cada año natural, una vez transcurridos cinco años desde su entrada en vigor; en tal caso el Acuerdo dejará de aplicarse

a) con respecto a los impuestos que se perciban por el sistema de retención en la fuente, a las sumas pagadas a partir del 1 de enero, inclusive, del año natural inmediatamente posterior al de formulación de la denuncia;

b) con respecto a los demás impuestos, a los que se perciban por los períodos a partir del 1 de enero del año natural inmediatamente posterior al de formulación de la denuncia;

c) in Bezug auf den Informationsaustausch nach Artikel 25 und in Bezug auf die Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern nach Artikel 26 ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Montevideo am 9. März 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

c) con respecto al intercambio de información conforme al Artículo 25 y con respecto a la asistencia en la recaudación de impuestos conforme al Artículo 26 a partir del 1 de enero del año natural inmediatamente posterior al de formulación de la denuncia.

Para calcular el plazo es determinante el día de recepción de la denuncia en el otro Estado Contratante.

Hecho en Montevideo, el 9 de marzo de 2010, en dos originales, en lengua española y alemana, siendo cada uno de los textos igualmente auténtico.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Guido Westerwelle

Für die Republik Östlich des Uruguay
Por la República Oriental del Uruguay

Luis Almagro

Protokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 9. März 2010

Protocolo relativo al Acuerdo entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay para evitar la doble imposición y la reducción fiscal en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio del 9 de marzo de 2010

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Östlich des Uruguay haben ergänzend zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu Artikel 7:

a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine Geschäftstätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist;

b) hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden;

c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 des Abkommens anzuwenden ist.

2. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus sei-

A fin de completar el Acuerdo para evitar la doble imposición y la reducción fiscal en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay han acordado las siguientes disposiciones, que forman parte de dicho Acuerdo:

(1) Ad Artículo 7:

a) Si una empresa de un Estado Contratante vende bienes o mercancías por medio de un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante o ejerce en el mismo una actividad comercial o industrial, los beneficios de dicho establecimiento permanente no se determinarán sobre la base de la suma total obtenida por la empresa sino únicamente sobre la base de la suma imputable a las ventas efectivas o a la actividad comercial o industrial efectiva del establecimiento permanente en cuestión;

b) si una empresa tiene un establecimiento permanente en el otro Estado Contratante, los beneficios obtenidos por dicho establecimiento permanente a través de la contratación, en especial de proyectos, suministros, montaje o construcción de equipos o instalaciones industriales, comerciales o científicos, o de contratas públicas no se determinarán sobre la base del precio total del contrato respectivo sino únicamente sobre la base de la parte del contrato que efectivamente sea ejecutada por el establecimiento permanente en el Estado Contratante en el cual esté situado. Los beneficios obtenidos del suministro de mercancías al establecimiento permanente y los beneficios obtenidos con la parte del contrato que se ejecute en el Estado Contratante en el cual se encuentre la sede de la casa matriz de la empresa únicamente podrán someterse a imposición en dicho Estado;

c) las remuneraciones de servicios técnicos, incluidos los estudios o proyectos científicos, geológicos o técnicos, o de contratos de construcción, incluidos los planos correspondientes, o de actividades de asesoramiento o supervisión se considerarán remuneraciones a efectos de la aplicación del Artículo 7 del Acuerdo.

(2) Ad Artículos 10 y 11:

No obstante lo establecido en los Artículos 10 y 11, los dividendos e intereses podrán someterse a imposición en el Estado Contratante del cual procedan, conforme a la legislación del mismo, si

a) se basan en derechos o créditos con participación en las ganancias, incluidos los ingresos obtenidos por una cuenta-

ner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und

b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

3. Zu Artikel 11:

Nach Absatz 4 Buchstabe c gelten Darlehen als „langfristig“, wenn sie mindestens für einen Zeitraum von drei Jahren gewährt werden; unter „Investitionsprojekte“ sind Projekte zu verstehen, die in den Anwendungsbereich des Gesetzes Nr. 16.906 der Republik Östlich des Uruguay vom 7. Januar 1998 fallen.

4. Zu Artikel 15:

Der Begriff „Direktor“ bezieht sich in der Bundesrepublik Deutschland auf den „Geschäftsführer“.

5. Zu Artikel 25:

a) Der Informationsaustausch wird durch das Gesetz Nr. 15.322 der Republik Östlich des Uruguay vom 17. September 1982 über das Bankgeheimnis nicht eingeschränkt.

b) Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

aa) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

bb) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

cc) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.

dd) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.

ee) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

ff) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung

partícipe de su participación oculta y los ingresos de préstamos con participación en los beneficios u obligaciones con interés variable en el sentido de la legislación fiscal de la República Federal de Alemania, y

b) son deducibles en el cálculo de beneficios del deudor de los dividendos o intereses.

(3) Ad Artículo 11:

Respecto al numeral 4 literal c) se entiende por “largo plazo” los préstamos otorgados a plazos mayores o iguales a tres años; se entiende por “proyectos de inversión” los comprendidos en el ámbito de aplicación de la Ley N° 16.906 de 7 de enero de 1998.

(4) Ad Artículo 15:

El término “Director” se refiere en Alemania a “Director Gerente” (Geschäftsführer).

(5) Ad Artículo 25:

a) El intercambio de información no quedará limitado por la Ley Nº 15.322, de 17 de septiembre de 1982, de la República Oriental del Uruguay sobre el secreto bancario.

b) En la medida en que en virtud del presente Acuerdo se transmitan datos personales con arreglo a la legislación interna, serán de aplicación, como complemento a lo establecido en el mismo, los preceptos que a continuación se detallan, de conformidad con las disposiciones vigentes para cada uno de los Estados Contratantes:

aa) La utilización de datos por parte del organismo receptor estará restringida a la finalidad indicada y habrá de cumplir las condiciones prescritas por el organismo transmisor.

bb) Previa petición, el organismo receptor informará al organismo transmisor de la utilización de los datos transmitidos y de los resultados consiguientes.

cc) Los datos personales sólo podrán transmitirse a los organismos competentes. La transmisión a otros organismos requerirá en todo caso el previo consentimiento del organismo transmisor.

dd) El organismo transmisor estará obligado a velar por la exactitud de los datos transmitidos y por la procedencia y proporcionalidad respecto al propósito perseguido con la transmisión. A tales efectos, habrán de observarse las prohibiciones de transmisión vigentes en las respectivas legislaciones internas. De comprobarse que fueron transmitidos datos inexactos o datos cuya transmisión no estaba permitida, dicho extremo habrá de comunicarse sin dilación al organismo receptor. Este estará obligado a rectificar o cancelar los datos en cuestión sin dilación.

ee) Previa petición, el interesado deberá ser informado de los datos transmitidos sobre su persona y de la finalidad con que se transmitieron. No existirá obligación de informar en el supuesto de que, debidamente ponderado el caso, el interés público de no facilitar la información en cuestión prevalezca sobre el interés de la persona afectada en recibirla. Por lo demás, el derecho del interesado a recibir información sobre los datos que consten en relación con su persona se regirá por la legislación interna del Estado Contratante en cuyo territorio se solicite la información.

ff) Cuando alguien sufra un perjuicio contrario a derecho como consecuencia de una transmisión de datos dentro del intercambio previsto en el presente Acuerdo, responderá ante él el organismo receptor, de conformidad con lo establecido en su legislación interna. Frente

nicht darauf berufen, dass der Schaden durch den übermittelnden Staat verursacht worden ist.

gg) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

hh) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

ii) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

al perjudicado éste no podrá argüir en su descargo que el daño fue causado por el organismo transmisor.

gg) En la medida en que la legislación interna vigente para el organismo transmisor existan normas de cancelación especiales en relación con los datos personales transmitidos, el organismo transmisor pondrá este extremo en conocimiento del organismo receptor. Independientemente de las normas en cuestión, los datos personales transmitidos habrán de cancelarse tan pronto como dejen de ser necesarios para la finalidad con que fueron transmitidos.

hh) El organismo transmisor y el organismo receptor estarán obligados a hacer constar en acta la transmisión y la recepción de datos personales.

ii) El organismo transmisor y el organismo receptor estarán obligados a proteger cumplidamente los datos personales transmitidos frente a cualquier tipo de acceso, modificación y comunicación no autorizados.

Bekanntmachung der deutsch-peruanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 9. Juni 2011

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 14. März 2007/14. April 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit („Programm für schnell wirksame Maßnahmen“) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 14. April 2008

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Juni 2011

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dorothea Groth

Die Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland

Lima, den 14. März 2007

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 5. Dezember 2001, Abschnitt II, Nummer 1.1 und auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 1. Oktober 2004, Abschnitt III, Nummer 2.3.4 und Anhang 5 und das Protokoll der Regierungskonsultationen vom 25. November 2005, Anhang 4 sowie auf die Abkommen vom 11. April 1994 (Abkommen für das Jahr 1994), vom 15. Mai 2002 (Abkommen für das Jahr 2000) und vom 15. Oktober 2003 (Abkommen für das Jahr 2002) zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Von dem in Artikel 1 Absatz 1a des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 11. April 1994 für Vorhaben im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Arequipa und Trujillo vorgesehenen Darlehen in Höhe von ursprünglich 48 136 593,67 EUR (in Worten: achtundvierzig Millionen einhundertsechsunddreißigtausendfünfhundertdreiundneunzig Euro und siebenundsechzig Cent) wird ein Betrag in Höhe von 4 200 000,– EUR (in Worten: vier Millionen zweihunderttausend Euro) aus den für das Vorhaben „Kläranlage Pampa Estrella – Arequipa III“ vorgesehenen Mitteln auf das Vorhaben „Programm für schnell wirksame Maßnahmen“ reprogrammiert.

   Von dem in Artikel 1 Absatz 1b des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 15. Mai 2002 für das Vorhaben „Wechselkursbedingter Aufstockungsbedarf für laufende Wasserprojekte“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von ursprünglich 7 158 086,34 EUR (in Worten: sieben Millionen einhundertachtundfünfzigtausendsechsundachtzig Euro und neununddreißig Cent) wird der Betrag in Höhe von 4 135 502,58 EUR (in Worten: vier Millionen einhundertfünfunddreißigtausendfünfhundertzwei Euro und achtundfünfzig Cent) auf das Vorhaben „Programm für schnell wirksame Maßnahmen“ reprogrammiert.

   Von dem in Artikel 1 Absatz 1a des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 15. Oktober 2003 für das Vorhaben „Programm zur Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von 3 700 000,– EUR (in Worten: drei Millionen siebenhunderttausend Euro) wird der Betrag in Höhe von 3 700 000,– EUR (in Worten: drei Millionen siebenhunderttausend Euro) auf das Vorhaben „Programm für schnell wirksame Maßnahmen“ reprogrammiert.

2. Für die unter Nummer 1 genannten Reprogrammierungen in Höhe von insgesamt 12 035 502,58 EUR (in Worten: zwölf Millionen fünfunddreißigtausendfünfhundertzwei Euro und achtundfünfzig Cent) gelten folgende Konditionen:
   - Darlehen über 4 200 000,– EUR (in Worten: vier Millionen zweihunderttausend Euro) zu 3,00 % Zinsen p. a. bei einer Laufzeit von 30 Jahren unter Einschluss von 10 tilgungsfreien Jahren;
   - Darlehen über 7 835 502,58 EUR (in Worten: sieben Millionen achthundertfünfunddreißigtausendfünfhundertzwei Euro und achtundfünfzig Cent) zu 2,00 % Zinsen p. a. bei einer Laufzeit von 30 Jahren unter Einschluss von 10 tilgungsfreien Jahren.
3. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der eingangs erwähnten Abkommen vom 11. April 1994, vom 15. Mai 2002 sowie vom 15. Oktober 2003 auch für diese Vereinbarung.
4. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Peru mit den unter Nummern 1 bis 4 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Dr. Christoph Müller

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Peru
Herrn José Antonio García Belaúnde
Lima

Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs

Vom 23. September 2011

Die von dem Ausschuss zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation in London durch Entschließung FAL.10(35) am 16. Januar 2009 angenommenen, am 27. Mai 2011 berichtigten Änderungen der Anlage des Übereinkommens vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434, 2435), zuletzt geändert am 7. Juli 2005 (BGBl. 2007 II S. 1494, 1495), sind nach Artikel VII Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 15. Mai 2010

in Kraft getreten. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Berlin, den 23. September 2011

Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Im Auftrag
Klingen

Entschließung FAL.10(35)
(angenommen am 16. Januar 2009)

Änderungen der Anlage des Übereinkommens von 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs

Resolution FAL.10(35)
(adopted on 16 January 2009)

Adoption of amendments to the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic, 1965

Résolution FAL.10(35)
Adoptée le 16 janvier 2009

Adoption d'amendements à la Convention visant à faciliter le trafic maritime international, 1965

The Facilitation Committee,

Recalling article VII(2)(a) of the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic, 1965, as amended (hereinafter referred to as "the Convention") concerning the procedure for amending the Annex to the Convention,

Recalling further the functions which the Convention confers upon the Facilitation Committee for the consideration and adoption of amendments to the Convention,

Having considered, at its thirty-fifth session, amendments to the Annex to the Convention proposed and circulated in accordance with article VII(2)(a) thereof,

1. Adopts, in accordance with article VII(2)(a) of the Convention, the amendments to the Convention, the text of which is set out in the Annex to the present resolution;
2. Determines, in accordance with article VII(2)(b) of the Convention, that the amendments shall enter into force on 15 May 2010 unless, prior to 15 February 2010 at least one-third of Contracting Governments to the Convention have notified the Secretary-General in writing that they do not accept the amendments;
3. Requests the Secretary-General, in conformity with article VII(2)(a) of the Con-

Le Comité de la simplification des formalités,

Rappelant l'article VII 2) a) de la Convention visant à faciliter le trafic maritime international, 1965, telle que modifiée (ci-après dénommée «la Convention»), qui a trait à la procédure d'amendement de l'Annexe de la Convention,

Rappelant également les fonctions que la Convention confère au Comité de la simplification des formalités en matière d'examen et d'adoption d'amendements à la Convention,

Ayant examiné, à sa trente-cinquième session, les amendements à l'Annexe de la Convention qui avaient été proposés et diffusés conformément à l'article VII 2) a) de ladite convention,

1. Adopte, conformément à l'article VII 2) a) de la Convention, les amendements à la Convention dont le texte figure en annexe à la présente résolution;
2. Décide, conformément à l'article VII 2) b) de la Convention, que ces amendements entreront en vigueur le 15 mai 2010 à moins que, avant le 15 février 2010, un tiers au moins des Gouvernements contractants à la Convention n'aient notifié par écrit au Secrétaire général qu'ils n'acceptent pas ces amendements;
3. Prie le Secrétaire général, conformément à l'article VII 2) a) de la Conven-

(*Übersetzung*)

Der Ausschuss zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs –

unter Hinweis auf Artikel VII Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens von 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs in seiner zuletzt geänderten Fassung (im Folgenden als „Übereinkommen" bezeichnet) betreffend das Verfahren zur Änderung der Anlage des Übereinkommens,

sowie unter Hinweis auf die Aufgaben, die dem Ausschuss zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs durch das Übereinkommen bei der Prüfung und Annahme von Änderungen des Übereinkommens übertragen werden,

nach der auf seiner fünfunddreißigsten Tagung erfolgten Prüfung von Änderungen der Anlage des Übereinkommens, die nach dessen Artikel VII Absatz 2 Buchstabe a vorgeschlagen und weitergeleitet worden waren –

1. beschließt nach Artikel VII Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens die Änderungen des Übereinkommens, deren Wortlaut in der Anlage zu dieser Entschließung wiedergegeben ist;
2. bestimmt nach Artikel VII Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens, dass die Änderungen am 15. Mai 2010 in Kraft treten, sofern nicht vor dem 15. Februar 2010 mindestens ein Drittel der Vertragsregierungen des Übereinkommens dem Generalsekretär schriftlich notifiziert haben, dass sie die Änderungen nicht annehmen;
3. ersucht den Generalsekretär, nach Artikel VII Absatz 2 Buchstabe a des Über-

vention, to communicate the amendments contained in the Annex to all Contracting Governments;

4. Further requests the Secretary-General to notify all Signatory Governments of the adoption and entry into force of the said amendments.

tion, de communiquer les amendements ci-joints à tous les Gouvernements contractants;

4. Prie également le Secrétaire général d'informer tous les Gouvernements signataires de l'adoption et de l'entrée en vigueur desdits amendements.

einkommens, allen Vertragsregierungen die in der Anlage enthaltenen Änderungen zu übermitteln;

4. ersucht den Generalsekretär ferner, allen Unterzeichnerregierungen die Annahme und das Inkrafttreten der genannten Änderungen zu notifizieren.

Anlage

Änderungen der Anlage des Übereinkommens von 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs

Annex

Amendments to the Annex to the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic, 1965

Annexe

Amendements à l'Annexe de la Convention visant à faciliter le trafic maritime international, 1965

Section 2

Arrival, stay and departure of the ship

B. Contents and purpose of documents

1 In Recommended Practice 2.2.2 after "• flag State of ship" the following new text is inserted:

"• voyage number".

2 In Recommended Practice 2.3.1(a) after "• call sign" the following new text is inserted:

"• voyage number".

3 In Recommended Practice 2.3.1(b) after "• call sign" the following new text is inserted:

"• voyage number".

4 In Standard 2.6.1 after "• call sign" the following new text is inserted:

"• voyage number".

5 The existing Standard 2.6.3 is deleted and is replaced by:

"2.6.3 Not in use".

6 The existing Recommended Practice 2.6.4 is deleted and replaced by:

"2.6.4 **Recommended Practice.** In cases where a ship, serving in a scheduled programme, calls again at the same port at least once within 14 days and where minor changes in the crew have taken place, public authorities should not normally require a new, full Crew List to be submitted but should accept the existing Crew List with the changes indicated."

Chapitre 2

Entrée, séjour au port et sortie des navires

B. Contenu et objet des papiers de bord

1 Dans la Pratique recommandée 2.2.2, après «• État du pavillon du navire», insérer le texte suivant:

«• numéro du voyage».

2 Dans la Pratique recommandée 2.3.1 a), après «• indicatif d'appel», insérer le nouveau texte suivant:

«• numéro du voyage».

3 Dans la Pratique recommandée 2.3.1 b), après «• indicatif d'appel», insérer le nouveau texte suivant:

«• numéro du voyage».

4 Dans la Pratique recommandée 2.6.1, après «• indicatif d'appel», insérer le nouveau texte suivant:

«• numéro du voyage».

5 La Norme 2.6.3 actuelle est supprimée et remplacée par ce qui suit:

«2.6.3 Inusitée».

6 La Pratique recommandée 2.6.4 actuelle est suprimée et remplacée par ce qui suit:

«2.6.4 **Pratique recommandée.** Lorsqu'un navire assurant un service régulier refait escale dans le même port une fois au moins dans la quinzaine et que la composition de son équipage n'a que légèrement changé, les pouvoirs publics ne devraient normalement pas exiger du navire qu'il présente une nouvelle liste complète de l'équipage et devraient accepter la liste sur laquelle auront été indiqués les changements intervenus.»

Abschnitt 2

Einlaufen, Aufenthalt und Auslaufen der Schiffe

B. Inhalt und Zweck der Dokumente

1 In Empfehlung 2.2.2 wird nach „• Flaggenstaat des Schiffes" folgender neuer Wortlaut eingefügt:

„• Nummer der Reise".

2 In Empfehlung 2.3.1 wird unter Buchstabe a nach „• Rufzeichen" folgender neuer Wortlaut eingefügt:

„• Nummer der Reise".

3 In Empfehlung 2.3.1 wird unter Buchstabe b nach „• Rufzeichen" folgender neuer Wortlaut eingefügt:

„• Nummer der Reise".

4 In Norm 2.6.1 wird nach „• Rufzeichen" folgender neuer Wortlaut eingefügt:

„• Nummer der Reise".

5 Die bisherige Norm 2.6.3 wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„2.6.3 Nicht in Gebrauch".

6 Die bisherige Empfehlung 2.6.4 wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„2.6.4 **Empfehlung.** Läuft ein planmäßig verkehrendes Schiff denselben Hafen mindestens einmal innerhalb von 14 Tagen erneut an und sind in der Zusammensetzung der Besatzung nur geringfügige Änderungen eingetreten, so sollen die öffentlichen Behörden normalerweise nicht die Vorlage einer neuen vollständigen Besatzungsliste verlangen, sondern die vorhandene Besatzungsliste, in der die Änderungen vermerkt sind, entgegennehmen."

7 The existing Recommended Practice 2.7.1 is deleted and is replaced by:

"2.7.1 Not in use".

8 In Recommended Practice 2.7.3 after "• flag State of ship" the following new text is inserted:

"• voyage number".

9 In Recommended Practice 2.7.3 the following text is deleted:

"• type of identity document supplied by the passenger

• serial number of identity document"

and replaced by the following new text:

"• type of identity or travel document supplied by the passenger

• serial number of identity or travel document".

10 In Standard 2.8.1 the text reading "• Voyage reference" is amended to read "• Voyage number".

11 In Standard 2.8.1 at the end, after "• Stowage position on board", the following new text is inserted:

"• Additional information".

7 La Pratique recommandée 2.7.1 actuelle est supprimée et remplacée par ce qui suit:

«2.7.1 Inusitée».

8 Dans la Pratique recommandée 2.7.3, après «• État du pavillon du navire», le nouveau texte suivant est inséré:

«• numéro du voyage».

9 Dans la Pratique recommandée 2.7.3, le texte suivant est supprimé:

«• nature de la pièce d'identité présentée par le passager

• numéro de cette pièce d'identité»

et est remplacé par le nouveau texte suivant:

«• nature de la pièce d'identité ou du titre de voyage présenté(e) par le passager

• numéro de cette pièce d'identité ou de ce titre de voyage».

10 Dans la Norme 2.8.1, le texte «• référence du voyage» est modifié comme suit:

«• numéro du voyage».

11 À la fin du texte de la Norme 2.8.1, après «• lieu d'arrimage à bord», le nouveau texte suivant est inséré:

«• renseignements supplémentaires».

7 Die bisherige Empfehlung 2.7.1 wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„2.7.1 Nicht in Gebrauch".

8 In Empfehlung 2.7.3 wird nach „• Flaggenstaat des Schiffes" folgender neuer Wortlaut eingefügt:

„• Nummer der Reise".

9 In Empfehlung 2.7.3 wird folgender Wortlaut gestrichen:

„• Art des vom Fahrgast vorzulegenden Identitätsdokuments

• Seriennummer des Identitätsdokuments";

er wird durch folgenden neuen Wortlaut ersetzt:

„• Art des vom Fahrgast vorgelegten Identitäts- oder Reisedokuments

• Seriennummer des Identitäts- oder Reisedokuments".

10 In Norm 2.8.1 wird der Wortlaut „• Zuordnungsmerkmal der Reise" in „• Nummer der Reise" geändert.

11 In Norm 2.8.1 wird am Ende nach „• Stauplatz an Bord" folgender neuer Wortlaut angefügt:

„• Zusätzliche Angaben".

Section 3

Arrival and departure of persons

A. Arrival and departure requirements and procedures

12 In the second sentence in Standard 3.3.6 after the words "responsible for the costs of" insert "stay and".

13 The existing Standard 3.10 is deleted and replaced by the following new text:

"3.10 **Standard.** A passport or an identity document issued in accordance with relevant ILO conventions, or else a valid and duly recognized seafarer's identity document, shall be the basic document providing public authorities with information relating to the individual member of the crew on arrival or departure of a ship."

B. Measures to facilitate clearance of passengers, crew and baggage

14 In Standard 3.14 after the words "accept persons" insert "present".

15 The existing Standard 3.15 is deleted and replaced by the following new text:

"3.15 **Recommended Practice.** Public authorities should not impose unreasonable or disproportionate fines upon shipowners, in the event that any control document in possession of a passenger is found by public authorities to be inadequate, or if, for

Chapitre 3

Arrivée et départ des personnes

A. Conditions et formalités d'arrivée et de départ

12 Dans la deuxième phrase de la Norme 3.3.6, après les mots «prend à sa charge les frais», insérer «du séjour et».

13 La Norme 3.10 actuelle est supprimée et remplacée par le nouveau texte suivant:

«3.10 **Norme.** Un passeport ou une pièce d'identité délivré(e) conformément aux conventions pertinentes de l'OIT ou, à défaut, une pièce d'identité des gens de mer en cours de validité et dûment reconnue constitue le document de base fournissant aux pouvoirs publics, à l'entrée ou à la sortie du navire, des renseignements sur chacun des membres de l'équipage.»

B. Mesures visant à faciliter le déroulement des formalités concernant les passagers, l'équipage et les bagages

14 Dans la Norme 3.14, entre les mots «personnes» et «à bord des navires», insérer le mot «présentes».

15 La Norme 3.15 actuelle est supprimée et remplacée par le nouveau texte suivant:

«3.15 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics ne devraient pas infliger des amendes déraisonnables ou disproportionnées aux armateurs lorsqu'ils jugent insuffisants les documents présentés par un passager aux fins de

Abschnitt 3

Ein- und Ausreise von Personen

A. Erfordernisse und Verfahren beim Einlaufen und Auslaufen

12 In Norm 3.3.6 werden in Satz 2 nach den Worten „haftet für die Kosten" die Worte „des Aufenthalts und" eingefügt.

13 Die bisherige Norm 3.10 wird gestrichen und durch folgenden neuen Wortlaut ersetzt:

„3.10 **Norm.** Ein Reisepass oder ein im Einklang mit einschlägigen ILO-Übereinkünften ausgestelltes Identitätsdokument oder aber ein gültiger und ordnungsgemäß anerkannter Seemannsausweis sind die grundlegenden Dokumente, die den öffentlichen Behörden beim Ein- oder Auslaufen eines Schiffes Auskünfte über die einzelnen Besatzungsmitglieder vermitteln."

B. Maßnahmen zur Erleichterung der Abfertigung von Fahrgästen, Besatzung und Gepäck

14 [entfällt]*)

15 Die bisherige Norm 3.15 wird gestrichen und durch folgenden neuen Wortlaut ersetzt:

„3.15 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen Reeder nicht mit unangemessenen oder unverhältnismäßigen Geldstrafen belegen, wenn sie ein im Besitz eines Fahrgastes befindliches Kontrolldokument für unzureichend halten oder wenn ein Fahr-

*) Anm. des Übers.: Die Änderung des englischen Wortlauts der Norm 3.14 hat keine Auswirkung auf den deutschen Wortlaut dieser Norm.

that reason, the passenger is found to be inadmissible to the State."

D. Facilitation for ships engaged on cruises and for cruise passengers

16 The existing Standard 3.21 is deleted and replaced by the following new text:

"3.21 **Recommended Practice.** For cruise ships, the General Declaration, the Passenger List and the Crew List should be required only at the first port of arrival and final port of departure in a country, provided that there has been no change in the circumstances of the voyage."

17 The existing Recommended Practice 3.35 is deleted and is replaced by:

"3.35 Not in use".

Appendix 1

IMO FAL Forms

18 The existing IMO FAL Forms are deleted and replaced by the following ones:

contrôle ou lorsqu'un passager ne peut être admis, pour ce motif, sur le territoire de l'État.»

D. Octroi de facilités aux navires en croisière et à leurs passagers

16 La Norme 3.21 actuelle est supprimée et remplacée par le nouveau texte suivant:

«3.21 **Pratique recommandée.** La déclaration générale, la liste des passagers et la liste de l'équipage d'un navire en croisière ne devraient être exigées que dans le premier port d'arrivée et le dernier port de départ d'un pays si les conditions du voyage ne sont pas modifiées dans l'intervalle.»

17 L'actuelle Pratique recommandée 3.35 est supprimée et remplacée par ce qui suit:

«3.35 Inusitée».

Appendice 1

Formulaires FAL de l'OMI

18 Les actuels formulaires FAL de l'OMI sont supprimés et sont remplacés par les suivants:

gast aus diesem Grund nicht in den betreffenden Staat einreisen darf."

D. Erleichterungen für Schiffe auf Kreuzfahrt und für Fahrgäste, die an einer Kreuzfahrt teilnehmen

16 Die bisherige Norm 3.21 wird gestrichen und durch folgenden neuen Wortlaut ersetzt:

„3.21 **Empfehlung.** Bei Schiffen auf Kreuzfahrt sollen die Allgemeine Erklärung, die Fahrgastliste und die Besatzungsliste nur im ersten Anlaufhafen und letzten Auslaufhafen in einem Staat verlangt werden, sofern sich die Umstände der Reise nicht geändert haben."

17 Die bisherige Empfehlung 3.35 wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„3.35 Nicht in Gebrauch".

Anhang 1

IMO FAL-Formblätter

18 Die bisherigen IMO FAL-Formblätter werden gestrichen und durch die folgenden Formblätter ersetzt:

IMO General Declaration

(IMO FAL Form 1)

☐ Arrival ☐ Departure

1.1 Name and type of ship		1.2 IMO number
1.3 Call sign		1.4 Voyage number
2. Port of arrival/departure		3. Date and time of arrival/departure
4. Flag State of ship	5. Name of master	6. Last port of call/Next port of call
7. Certificate of registry (Port; date; number)		8. Name and contact details of ship's agent
9. Gross tonnage	10. Net tonnage	
11. Position of the ship in the port (berth or station)		
12. Brief particulars of voyage (previous and subsequent ports of call; underline where remaining cargo will be discharged)		
13. Brief description of the cargo		
14. Number of crew	15. Number of passengers	16. Remarks
Attached documents (indicate number of copies)		
17. Cargo Declaration	18. Ship's Stores Declaration	
19. Crew List	20. Passenger List	21. The ship's requirements in terms of waste and residue reception facilities
22. Crew's Effects Declaration (only on arrival)	23. Maritime Declaration of Health (only on arrival)	
24. Date and signature by master, authorized agent or office		

For official use

IMO Cargo Declaration

(IMO FAL Form 2)

		☐ Arrival	☐ Departure	Page Number
	1.1 Name of ship	1.2 IMO number		
	1.3 Call sign	1.4 Voyage number		
	2. Port where report is made	3. Flag State of ship		
	4. Name of master	5. Port of loading/Port of discharge		
B/L No*)	6. Marks and Numbers	7. Number and kind of packages; description of goods, or, if available, the HS Code	8. Gross weight	9. Measurement
	10. Date and signature by master, authorized agent or officer			

*) Transport document number.
Also state original ports of shipment in respect to goods shipped on multimodal transport document or through bills of lading.

IMO Ship's Stores Declaration

(IMO FAL Form 3)

		☐ Arrival ☐ Departure	Page Number
1.1 Name of ship		1.2 IMO number	
1.3 Call sign		1.4 Voyage number	
2. Port of arrival/departure		3. Date of arrival/departure	
4. Flag State of ship		5. Last port of call/Next port of call	
6. Number of persons on board		7. Period of stay	
8. Name of article	9. Quantity	10. Location on board	11. Official use
12. Date and signature by master, authorized agent or officer			

IMO Crew's Effects Declaration

(IMO FAL Form 4)

				Page Number
1.1 Name of ship			1.2 IMO number	
1.3 Call sign			1.4 Voyage number	
2. Flag State of ship				
3. No.	4. Family name, given names	5. Rank or rating	6. Effects ineligible for relief from customs duties and taxes or subject to prohibitions or restrictions*)	7. Signature
8. Date and signature by master, authorized agent or officer				

*) e. g., wines, spirits, cigarettes, tobacco, etc.

IMO Crew List

(IMO FAL Form 5)

			☐ Arrival	☐ Departure	Page Number
1.1 Name of ship			1.2 IMO number		
1.3 Call sign			1.4 Voyage number		
2. Port of arrival/departure			3. Date of arrival/departure		
4. Flag State of ship			5. Last port of call		
6. No.	7. Family name, given names	8. Rank or rating	9. Nationality	10. Date and place of birth	11. Nature and number of identity document
12. Date and signature by master, authorized agent or officer					

IMO Passenger List

(IMO FAL Form 6)

					☐ Arrival	☐ Departure	Page Number
1.1 Name of ship			1.2 IMO number		1.3 Call sign		
1.4 Voyage number		2. Port of arrival/departure		3. Date of arrival/departure		4. Flag State of ship	
5. Familiy name, gives names	6. Nationality	7. Date and place of birth	8. Type of identity or travel document	9. Serial number of identity or travel document	10. Port of embarkation	11. Port of disembarkation	12. Transit passenger or not
13. Date and signature by master, authorized agent or officer							

Das Bundesgesetzblatt im Internet: www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag www.bundesanzeiger-verlag.de

IMO Dangerous Goods Manifest

(IMO FAL Form 7)

(As required by SOLAS 74, chapter VII, regulations 4.5 and 7-2.2, MARPOL 73/78, Annex III, regulation 4.3 and chapter 5.4, paragraph 5.4.3.1 of the IMDG Code)

Page Number

1.1 Name of ship	1.2 IMO number	1.3 Call sign

1.4 Voyage number	2. Flag State of ship	3. Port of loading	4. Port of discharge

5. Booking/ Reference Number	6. Marks & Numbers Container Id No(s). Vehicle Reg. No(s).	7. Number and kind of packages	8. Proper Shipping Name	9. Class	10. UN No.	11. Packing Group	12. Subsidiary Risk(s)	13. Flashpoint (in °C, c.c)	14. Marine Pollutant	15. Mass (kg) Gross/Net	16. EmS	17. Stowage position on board

Additional information	
18.1 Name of master	19.1 Shipping Agent
18.2 Place and date	19.2 Place and date
Signature of master	Signature of Agent

Das Bundesgesetzblatt im Internet: www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag www.bundesanzeiger-verlag.de

Bundesanzeiger Verlag

OMI – Déclaration générale

(Formulaire FAL 1 de l'OMI)

☐ Arrivée ☐ Départ

1.1 Nom et type du navire		1.2 Numéro OMI
1.3 Indicatif d'appel		1.4 Numéro du voyage
2. Port d'arrivée/de départ		3. Date et heure d'arrivée/de départ
4. État du pavillon du navire	5. Nom du capitaine	6. Dernier port d'escale/prochain port d'escale
7. Certificat d'immatriculation (port, date, numéro)		8. Nom et coordonnées de l'agent du navire
9. Jauge brute	10. Jauge nette	
11. Emplacement du navire au port (quai ou poste)		
12. Renseignements sommaires sur le voyage (ports où le navire a fait et fera escale; souligner le nom du lieu où la cargaison restante sera déchargée)		
13. Description sommaire de la cargaison		
14. Nombre de membres d'équipage	15. Nombre de passagers	16. Observations
Documents joints (indiquer le nombre d'exemplaires)		
17. Déclaration de la cargaison	18. Déclaration des provisions de bord	
19. Liste de l'équipage	20. Liste des passagers	21. Besoins du navire en installations de réception des déchets et résidus
22. Déclaration des effets de l'équipage (à l'arrivée seulement)	23. Déclaration maritime de santé (à l'arrivée seulement)	
24. Date et signature du capitaine, de l'officier ou de l'agent dûment autorisé		

Réservé à l'administration

OMI – Déclaration de la cargaison

(Formulaire FAL 2 de l'OMI)

		☐ Arrivée	☐ Départ	Page No
	1.1 Nom du navire	1.2 Numéro OMI		
	1.3 Indicatif d'appel	1.4 Numéro du voyage		
	2. Port où est établie la déclaration	3. État du pavillon du navire		
	4. Nom du capitaine	5. Port de chargement/port de déchargement		

Connais-sement No*)	6. Marques et numéros	7. Nombre et nature des colis; description des marchandises ou, s'il est disponible, le code du Système Harmonisé (SH)	8. Poids brut	9. Dimensions
	10. Date et signature du capitaine, de l'officier ou de l'agent dûment autorisé			

*) Numéro du document de transport.

Indiquer également les premiers ports d'embarquement des marchandises chargées sous document de transport multimodal ou sous connaissement direct.

OMI – Déclaration des provisions de bord

(Formulaire FAL 3 de l'OMI)

		☐ Arrivée ☐ Départ	Page No
1.1 Nom du navire		1.2 Numéro OMI	
1.3 Indicatif d'appel		1.4 Numéro du voyage	
2. Port d'arrivée/de départ		3. Date d'arrivée/de départ	
4. État du pavillon du navire		5. Dernier port d'escale/prochain port d'escale	
6. Nombre de personnes à bord		7. Durée du séjour	
8. Nom de l'article	9. Quantité	10. Lieu d'entreposage à bord	11. Réservé à l'administration
12. Date et signature du capitaine, de l'officier ou de l'agent dûment autorisé			

OMI – Déclaration des effets et marchandises de l'équipage

(Formulaire FAL 4 de l'OMI)

				Page No
1.1 Nom du navire			1.2 Numéro OMI	
1.3 Indicatif d'appel			1.4 Numéro du voyage	
2. État du pavillon du navire				
3. No.	4. Nom de famille, prénoms	5. Grade ou fonction	6. Effets non exempts de taxes et droits de douane ou soumis à des interdictions ou à des restrictions*)	7. Signature
8. Date et signature du capitaine, de l'officier ou de l'agent dûment autorisé				

*) C'est-à-dire vins, spiritueux, cigarettes, tabac, etc.

OMI – Liste de l'équipage

(Formulaire FAL 5 de l'OMI)

			☐ Arrivée	☐ Départ	Page No
1.1 Nom du navire			1.2 Numéro OMI		
1.3 Indicatif d'appel			1.4 Numéro du voyage		
2. Port d'arrivée/de départ			3. Date d'arrivée/de départ		
4. État du pavillon du navire			5. Dernier port d'escale		
6. No.	7. Nom de famille, prénoms	8. Grade ou fonction	9. Nationalité	10. Date et lieu de naissance	11. Nature et numéro de la pièce d'identité
12. Date et signature du capitaine, de l'officier ou de l'agent dûment autorisé					

OMI – Liste des passagers

(Formulaire FAL 6 de l'OMI)

					☐ Arrivée	☐ Départ	Page No
1.1 Nom du navire			1.2 Numéro OMI		1.3 Indicatif d'appel		
1.4 Numéro du voyage		2. Port d'arrivée/de départ		3. Date d'arrivée/de départ		4. État du pavillon du navire	
5. Nom de famille, prénoms	6. Nationalité	7. Date et lieu de naissance	8. Nature de la pièce d'identité ou du titre de voyage	9. Numéro de série de la pièce d'identité ou du titre de voyage	10. Port d'embarquement	11. Port de débarquement	12. Passager en transit ou non
13. Date et signature du capitaine, de l'officier ou de l'agent dûment autorisé							

Das Bundesgesetzblatt im Internet: www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag www.bundesanzeiger-verlag.de

Bundesanzeiger Verlag

OMI – Manifeste de marchandises dangereuses

(Formulaire FAL 7 de l'OMI)

(Tel qu'exigé par les règles 4.5 et 7-2.2 du chapitre VII de la Convention SOLAS de 1974, la règle 4 3) de l'Annexe III de MARPOL 73/78 et le chapitre 5.4, paragraphe 5.4.3.1 du Code IMDG)

Page No

1.1 Nom du navire	1.2 Numéro OMI	1.3 Indicatif d'appel

1.4 Numéro du voyage	2. État du pavillon du navire	3. Port de chargement	4. Port de déchargement

5. Réservation/ Numéro de référence	6. Marques et numéros Numéro d'identification du conteneur Numéro d'immatriculation du véhicule	7. Quantité et type de colis	8. Désignation officielle de transport	9. Classe	10. No ONU	11. Groupe d'emballage	12. Risque(s) subsidiaire(s)	13. Point d'éclair (en °C, c.f.)	14. Polluant marin	15. Masse (kg) brute/nette	16. FS	17. Position d'arrimage à bord

Renseignements supplémentaires:	
18.1 Nom du capitaine	19.1 Agent maritime
18.2 Lieu et date	19.2 Lieu et date
Signature du capitaine	Signature de l'agent

Das Bundesgesetzblatt im Internet: www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag www.bundesanzeiger-verlag.de

Allgemeine IMO-Erklärung

(IMO FAL-Formblatt 1)

☐ Einlaufen ☐ Auslaufen

1.1 Name und Art des Schiffes		1.2 IMO-Nummer
1.3 Rufzeichen		1.4 Nummer der Reise
2. Einlauf-/Auslaufhafen		3. Datum und Uhrzeit des Ein-/Auslaufens
4. Flaggenstaat des Schiffes	5. Name des Kapitäns	6. Letzter Anlaufhafen/Nächster Anlaufhafen
7. Registernachweis (Hafen, Datum, Nummer)		8. Name und Kontaktdaten des Schiffsagenten
9. Bruttoraumzahl	10. Nettoraumzahl	
11. Liegeplatz des Schiffes im Hafen (am Kai oder Ankerplatz)		
12. Kurzangaben zur Reise (vorige und nächste Anlaufhäfen; bitte unterstreichen, wo verbleibende Fracht gelöscht wird)		
13. Kurze Beschreibung der Ladung		
14. Anzahl der Besatzungsmitglieder	15. Anzahl der Fahrgäste	16. Anmerkungen
Anlagen (bitte Anzahl der Ausfertigungen angeben)		
17. Frachterklärung	18. Erklärung über die Schiffsvorräte	
19. Besatzungsliste	20. Fahrgastliste	21. Anforderungen des Schiffes in Bezug auf Auffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
22. Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung (nur beim Einlaufen)	23. Seegesundheitserklärung (nur beim Einlaufen)	
24. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers		

Für amtliche Zwecke

IMO-Frachterklärung

(IMO FAL-Formblatt 2)

		☐ Einlaufen	☐ Auslaufen	Seite Nr.
	1.1 Name des Schiffes	1.2 IMO-Nummer		
	1.3 Rufzeichen	1.4 Nummer der Reise		
	2. Hafen, in dem die Erklärung aufgesetzt wird	3. Flaggenstaat des Schiffes		
	4. Name des Kapitäns	5. Verladehafen/Löschhafen		

Frachtbrief Nr.*)	6. Kennzeichen und Nummern	7. Anzahl und Art der Packstücke, Beschreibung der Güter oder, falls vorhanden, HS-Code	8. Bruttogewicht	9. Abmessungen
	10. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers			

*) Beförderungspapier Nr.

Geben Sie bitte auch die ursprünglichen Verladehäfen für Güter an, die mit Dokumenten für die multimodale Beförderung oder mit Frachtbriefen befördert werden.

IMO-Erklärung über die Schiffsvorräte

(IMO FAL-Formblatt 3)

		☐ Einlaufen ☐ Auslaufen	Seite Nr.
1.1 Name des Schiffes		1.2 IMO-Nummer	
1.3 Rufzeichen		1.4 Nummer der Reise	
2. Einlauf-/Auslaufhafen		3. Datum des Ein-/Auslaufens	
4. Flaggenstaat des Schiffes		5. Letzter Anlaufhafen/Nächster Anlaufhafen	
6. Anzahl der an Bord befindlichen Personen		7. Aufenthaltsdauer	
8. Bezeichnung des Artikels	9. Menge	10. Aufbewahrungsort an Bord	11. Für amtliche Zwecke
12. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers			

IMO-Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung

(IMO FAL-Formblatt 4)

				Seite Nr.
1.1 Name des Schiffes			1.2 IMO-Nummer	
1.3 Rufzeichen			1.4 Nummer der Reise	
2. Flaggenstaat des Schiffes				
3. Nr.	4. Familienname, Vornamen	5. Dienstrang oder Tätigkeit	6. Persönliche Habe, die nicht für eine Zoll- oder Steuerbefreiung in Betracht kommt oder die Verboten oder Beschränkungen unterliegt*)	7. Unterschrift
8. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers				

*) z. B. Wein, Spirituosen, Zigaretten, Tabak usw.

IMO-Besatzungsliste

(IMO FAL-Formblatt 5)

			☐ Einlaufen	☐ Auslaufen	Seite Nr.
1.1 Name des Schiffes			1.2 IMO-Nummer		
1.3 Rufzeichen			1.4 Nummer der Reise		
2. Einlauf-/Auslaufhafen			3. Datum des Ein-/Auslaufens		
4. Flaggenstaat des Schiffes			5. Letzter Anlaufhafen		
6. Nr.	7. Familienname, Vornamen	8. Dienstrang oder Tätigkeit	9. Staatsangehörigkeit	10. Geburtsdatum und -ort	11. Art und Nummer des Identitätsdokuments
12. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers					

IMO-Fahrgastliste

(IMO FAL-Formblatt 6)

					☐ Einlaufen	☐ Auslaufen	Seite Nr.
1.1 Name des Schiffes			1.2 IMO-Nummer		1.3 Rufzeichen		
1.4 Nummer der Reise		2. Einlauf-/Auslaufhafen		3. Datum des Ein-/Auslaufens		4. Flaggenstaat des Schiffes	
5. Familienname, Vornamen	6. Staatsangehörigkeit	7. Geburtsdatum und -ort	8. Art des Identitäts- oder Reisedokuments	9. Seriennummer des Identitäts- oder Reisedokuments	10. Einschiffungshafen	11. Ausschiffungshafen	12. Fahrgast im Durchgangsverkehr oder nicht
13. Datum und Unterschrift des Kapitäns oder eines befugten Agenten oder Offiziers							

Das Bundesgesetzblatt im Internet: www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag www.bundesanzeiger-verlag.de

Bundesanzeiger Verlag

IMO-Gefahrgut-Manifest

(IMO FAL-Formblatt 7)

(erforderlich nach Kapitel VII Regel 4 Absatz 5 und Regel 7-2 Absatz 2 von SOLAS 74, Anlage III Regel 4 Absatz 3 von MARPOL 73/78 sowie Kapitel 5.4 Absatz 5.4.3.1 des IMDG-Codes)

Seite Nr.

1.1 Name des Schiffes	1.2 IMO-Nummer	1.3 Rufzeichen

1.4 Nummer der Reise	2. Flaggenstaat des Schiffes	3. Ladehafen	4. Löschhafen

5. Buchungsnummer/ Bezugszeichen	6. Kennzeichen und Nummern Kennzahl(en) des/der Container(s) amtliche(s) Kennzeichen des/der Kraftfahrzeuge(s)	7. Anzahl und Art der Verpackungen	8. Richtiger technischer Name	9. Gefahrgutklasse	10. VN-Nr.	11. Verpackungsgruppe	12. Nebengefahr(en)	13. Flammpunkt (in °C, c.c.)	14. Meeresschadstoff	15. Masse (kg) brutto/ netto	16. Gruppenunfallmerkblatt	17. Stauplatz an Bord

Zusätzliche Angaben	
18.1 Name des Kapitäns	19.1 Schiffsagent
18.2 Ort und Datum	19.2 Ort und Datum
Unterschrift des Kapitäns	Unterschrift des Agenten

Das Bundesgesetzblatt im Internet: www.bundesgesetzblatt.de | Ein Service des Bundesanzeiger Verlag www.bundesanzeiger-verlag.de

Bundesanzeiger Verlag

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus

Vom 26. September 2011

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 16. März 2011 zum Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (BGBl. 2011 II S. 300, 301) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 23 Absatz 4 für die

Bundesrepublik Deutschland	am	1. Oktober 2011

in Kraft treten wird.

Weiter ist das Übereinkommen für die folgenden Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	1. Juni 2007
Andorra	am	1. September 2008
Bosnien und Herzegowina	am	1. Mai 2008
Bulgarien	am	1. Juni 2007
Dänemark	am	1. August 2007
Estland	am	1. September 2009
Finnland	am	1. Mai 2008
Frankreich	am	1. August 2008
Kroatien	am	1. Mai 2008
Lettland	am	1. Juni 2009
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	1. Juli 2010
Moldau	am	1. September 2008
Montenegro	am	1. Januar 2009
Niederlande	am	1. November 2010
Norwegen	am	1. Juni 2010
Österreich	am	1. April 2010
Polen	am	1. August 2008
Rumänien	am	1. Juni 2007
Russische Föderation	am	1. Juni 2007
Serbien	am	1. August 2009
Slowakei	am	1. Juni 2007
Slowenien	am	1. April 2010
Spanien	am	1. Juni 2009
Schweden	am	1. Dezember 2010
Ukraine	am	1. Juni 2007
Ungarn	am	1. Juli 2011.

Berlin, den 26. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte

Vom 26. September 2011

Das Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1992 II S. 1246, 1247) ist nach seinem Artikel 9 Absatz 2 für

Tunesien am 29. Juni 2011

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. März 2010 (BGBl. II S. 249).

Berlin, den 26. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Vom 26. September 2011

Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats vom 5. November 1992 (BGBl. 1998 II S. 1314, 1315) ist nach ihrem Artikel 19 Absatz 2 für

Bosnien und Herzegowina*) am 1. Januar 2011
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. September 2010 abgegebenen Erklärung betreffend die Artikel 1, 2 und 3 der Charta

Ukraine am 1. Januar 2006

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. März 2010 (BGBl. II S. 296).

*) Vorbehalte und Erklärungen:
Vorbehalte und Erklärungen zu dieser Charta, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.coe.int einsehbar.

Berlin, den 26. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH.
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de
Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen

Vom 29. September 2011

Das Übereinkommen vom 21. Dezember 1995 über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 23. Juli 1990 über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (BGBl. 1999 II S. 1010, 1011) ist auf der Grundlage von Artikel 3 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 4 des Protokolls vom 25. April 2005 über die Bedingungen und Einzelheiten der Aufnahme der Republik Bulgarien und Rumäniens in die Europäische Union (BGBl. 2006 II S. 1146, 1155) in Verbindung mit Artikel 3 des Beschlusses des Rates vom 23. Juni 2008 über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Übereinkommen vom 23. Juli 1990 über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (ABl. L 174 vom 3. 7. 2008, S. 1) für

Bulgarien	am 1. Juli 2008
Rumänien	am 1. Juli 2008

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Juni 2006 (BGBl. II S. 575).

Berlin, den 29. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer